



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

33. Jahrgang · Heft 8

August 1981

- Aufsätze: Statistisches Landesamt
 im neuen Dienstgebäude
- Studiendauer
- Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe
- Kurzberichte: ✕ Körpergröße und -gewicht

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Juni 1981		Januar bis Juni 1981	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	180	- 1,7	180	- 1,3
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	18	- 3,6	18	- 4,9
Löhne und Gehälter	Mill. DM	526	+ 5,9	474	+ 3,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 966	+ 7,1	2 750	+ 8,6
Auftragseingang in ausgewählten Wirtschaftszweigen	Mill. DM	1 527	+ 16,8	1 443	+ 6,3
darunter Ausland	Mill. DM	472	+ 24,4	451	+ 11,2
Energieverbrauch	1 000 t SKE	224	- 4,5	239	- 2,2
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	55	- 5,4	55	- 4,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7	- 6,5	6	- 9,6
Löhne und Gehälter	Mill. DM	159	+ 1,5	125	- 1,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	518	+ 16,6	336	+ 7,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	219	- 25,1	278	+ 7,4
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 668	+ 5,4	1 383	- 9,8
Nichtwohnbau	1 000m ³ umbauter Raum	918	- 3,6	537	- 17,0
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	50 550	+ 68,1	55 822	+ 44,4
		Mai 1981		Januar bis Mai 1981	
Ausfuhr	Mill. DM	546	+ 5,8	719	+ 39,3
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	545	+ 12,4	649	+ 27,3
Kredite⁵					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 728	+ 6,9	8 712	+ 10,1
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	33 790	+ 10,9	33 220	+ 10,9

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 (ab Januar 1979)

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) an inländische Unternehmen und Private

6) einschließlich durchlaufender Kredite

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 8/81

	Seite
Aktuelle Auslese	129
Aufsätze	
Statistisches Landesamt im neuen Dienstgebäude	130
Zur Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe	136
Studiendauer in Schleswig-Holstein 1980	142
Kurzberichte	
Wie groß sind die Schleswig-Holsteiner?	146
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ..	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder,
Heft 11:

„Die Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der
Bundesrepublik Deutschland.
– Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1979 –“

(Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen
Landesämter)

Preis 9,50 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1981

Bundestagswahl 1980 (Teil 2)
Gemeinden und Ämter
Arbeitsmarkt seit 1975 (Teil 2)

Heft 3/1981

Schleswig-Holstein im Jahre 1980 (Teil 1)

Heft 4/1981

Schleswig-Holstein im Jahre 1980 (Teil 2)
Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1978
Wohnungstichprobe 1978
Studenten im Wintersemester 1980/81

Heft 5/1981

Bodennutzung

Heft 6/7 – 1981

Handel und Gastgewerbe 1979
Erkrankungen an Gelbsucht
Arbeitskosten der Unternehmen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

33. Jahrgang · Heft 8

August 1981

Aktuelle Auslese



Weniger Beschäftigung im Bauhauptgewerbe

Die Zahl der im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe tätigen Personen war nach vorläufigem Ergebnis am 30. Juni 1981, also mitten in der Bausaison, mit 54 800 etwas geringer als am Jahresanfang und lag um 5,4 % unter dem Stand der Jahresmitte 1980. Verstärkt freigesetzt wurden — wie schon in früheren Zeiten rückläufiger Baukonjunktur — vor allem die Hilfskräfte (Fachwerker und Werker): Binnen Jahresfrist sank ihre Zahl um 12,5 % auf 10 300. Aber auch bei den gewerblichen Fachkräften (Poliere, Meister, Facharbeiter) gab es mit 5,3 % eine deutliche Abnahme der Beschäftigtenzahl. Da man offensichtlich auch die Überstundenarbeit abbaute, wurden auf den Baustellen im ersten Halbjahr 1981 fast 10 % weniger Arbeitsstunden geleistet als in den ersten 6 Monaten des Vorjahres. Der Wert der in der ersten Hälfte dieses Jahres entgegengenommenen Aufträge war im Wohnungsbau um 1,5 % und im öffentlichen und Verkehrsbau sogar um 4,5 % geringer als im selben Zeitraum des Vorjahres. Auch aus Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft kamen in geringerem Umfang als im Vorjahr Aufträge herein, wenn man von einzelnen Großaufträgen absieht, die das Gesamtergebnis der Auftragseingänge in trügerischer Weise relativ positiv erscheinen lassen.



Bauland knapp und teuer

Wie schon im Vorjahr sind auch 1980 die verkauften Flächen sowohl bei baureifem Land wie auch bei Rohbauland in der Zahl der Verkaufsfälle (– 19 % und – 23 %) und in den Flächen (– 20 % und – 32 %) deutlich zurückgegangen. Der durchschnittliche Kaufwert je m² ist dagegen für baureifes Land wiederum erheblich gestiegen (+ 19 %), für Rohbauland leicht gesunken (– 4 %). Der Rückgang der veräußerten Flächen und Kauffälle in Verbindung mit der starken Verteuerung für baureifes Land deuten darauf hin, daß die Nachfrage der Bauwilligen durch das Angebot nur unvollkommen befriedigt werden konnte.



Steuereinnahmen des Landes stagnieren

Die Stagnation in der wirtschaftlichen Entwicklung beginnt sich auf die Steuern auszuwirken. Das Aufkommen an staatlichen Steuern ist zwar im 1. Halbjahr 1981 um 3,7 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum angestiegen, die Zuwachsrate ist aber nicht einmal halb so groß wie im Vorjahr; bei der gewichtigsten Steuer — der Lohnsteuer — macht sie sogar weniger als ein Drittel aus. Es ist letztlich auf die Steuern vom Umsatz zurückzuführen, daß sich insgesamt ein Mehraufkommen von 152 Mill. DM ergibt.

	1. Halbjahr 1980	1981	Veränderung in %
Mill. DM			
Aufkommen (vor der Steuerverteilung)			
Lohnsteuer	1 449	1 519	+ 4,8
Veranlagte Einkommensteuer	687	613	– 10,8
Körperschaftsteuer	275	240	– 12,6
Steuern vom Umsatz	1 147	1 274	+ 11,1
Staatl. Steuern insgesamt	4 115	4 267	+ 3,7
Einnahmen (nach der Steuerverteilung)			
Bund	2 138	2 259	+ 5,6
Land	2 262	2 251	– 0,5

Die Steuereinnahmen von Bund und Land entwickelten sich gegenläufig. Während der Bund die Mindereinnahmen der Steuern vom Einkommen durch Mehreinnahmen bei den Verbrauchsteuern überkompensieren konnte, war dies dem Land nicht durch eine entsprechende Landessteuer möglich. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen um 5,6 % (Vorjahr + 7,4 %) und die des Landes gingen um 0,5 % (Vorjahr + 11,3 %) zurück.

Statistisches Landesamt im neuen Dienstgebäude

Das Statistische Landesamt hat im Mai 1981 ein neues Dienstgebäude bezogen, nachdem es zuvor jahrzehntelang zum Teil voneinander getrennt und unzureichend untergebracht war. Diese Zersplitterung hat die Zusammenarbeit innerhalb des Amtes oft sehr erschwert. In dem neuen Gebäude in der Fröbelstraße sind die Mitarbeiter des Amtes zum ersten Mal unter einem Dach vereint. Damit sind nicht nur die Voraussetzungen für die innerbetriebliche Zusammenarbeit besser geworden, sondern auch die Bedingungen für einen noch wirkungsvolleren physischen Datenschutz gegeben. Der Anlaß des Umzuges bot Gelegenheit, der Öffentlichkeit die Arbeit des Statistischen Landesamtes und sein neues Dienstgebäude durch eine Einweihungsveranstaltung und einen „Tag der offenen Tür“ vorzustellen. Die Redner der Einweihungsveranstaltung gingen auch auf grundsätzliche Probleme des statistischen Dienstes ein. Daher wird hier im Zusammenhang über das neue Haus und die Veranstaltungen berichtet.

Das neue Haus ist architektonisch und kulturhistorisch wertvoll. Der zuständige Regierungsbaudirektor Hense hat uns mit seinem Aufsatz „Was ist dies für ein Haus?“, der im folgenden nachgedruckt ist¹, dafür die Augen geöffnet:

„Als der Neumünsteraner Stadtbaurat Carl Lembke für das „Schleswig-Holsteinische Jahrbuch 1930/31“ einen Beitrag über den „baulichen Ausdruck unserer Zeit in Schleswig-Holstein“ verfaßte, wählte er gleichsam als Sinnbild seiner Vorstellungen den Neubau der Pädagogischen Akademie in Kiel aus und stellte eine perspektivische Darstellung des Gebäudes dem Titel voran. Obwohl der Bau später noch einmal als Herberge des ersten Landtages unseres Landes in das Rampenlicht rückte, ist er von nur wenigen architektur- und kunstgeschichtlich Interessierten beachtet und von Eingeweihten als Geheimtip gehandelt worden. Damit ist es diesem Haus ähnlich ergangen wie vielen anderen in Deutschland, die zur Zeit ihrer Erbauung von der Fachwelt gefeiert, von den Bürgern beschimpft und kurz darauf von den Nationalsozialisten als „undeutsch“ diskreditiert wurden. Hierzu gehören in Kiel auch das Arbeitsamt am Wilhelmplatz (erbaut 1928 — 29), die Provinzial-Versicherung am Sophienblatt (1929), der Sartori-Speicher (1925 — 26) und — um hier ein Beispiel aus dem Bereich des Wohnungsbaues zu nennen — das städtische Altersheim am Westring (1928 — 29). Alle diese Gebäude

haben das Gesicht der Stadt Kiel entscheidend geprägt, sie repräsentieren in außergewöhnlich hoher Qualität die Backsteinkultur Schleswig-Holsteins. Inzwischen ist der Wert gerade dieser Bauten allgemein anerkannt, nicht zuletzt durch die Aufnahme in die Baudenkmälerkartei des Landesamtes für Denkmalschutz.

Auch unser neues Statistisches Landesamt ist wegen seines „geschichtlichen, künstlerischen und städtebaulichen Wertes“ als Gesamtgebäude unter Schutz gestellt worden. Dieser Bau wurde 1929 — 30 als Erweiterung des ursprünglichen „Königlichen Lehrerseminars“, der späteren „Pädagogischen Akademie“, an der Diesterweg- und Fröbelstraße geplant. Die Baubeschreibung des für den Neubau zuständigen Preußischen Hochbauamtes I in Kiel (unter der Leitung von Reg. Baurat Feyerabend) sagt wenig über den theoretischen Hintergrund der damaligen Baugesinnung aus. Wir können jedoch ziemlich sicher sein, daß die Erbauer von der Idee des „Neuen Bauens“, die sich gerade zu dieser Zeit von Deutschland aus in alle Welt verbreitete, ergriffen waren. Ihre Ziele hatte der Architekt Walter Gropius — Direktor des Bauhauses in Dessau zu seiner Blütezeit — folgendermaßen formuliert: „Die neue Zeit erfordert den eigenen Sinn. Exakt geprägte Form, jeder Zufälligkeit bar, klare Kontraste, Ordnen der Glieder, Reihung gleicher Teile und Einheit von Form und Farbe werden entsprechend der Energie und Ökonomie unseres öffentlichen Lebens das ästhetische Rüstzeug des modernen Baukünstlers werden.“ In diesem Sinn hatten die Architekten das Bauwerk in drei Gebäudeteile gegliedert: den Verbindungs-, den Seminar- und den Aulafügel. Der Haupteingang lag — wie auch jetzt noch — an der Nord-ecke des Seminarbaues. Ein zweiter Eingang befand sich an der Nordseite des Aulabaues. Dieser Eingang sollte jedoch nur bei festlichen Gelegenheiten benutzt werden. Baubeginn war im April 1930 auf einem vordem als Übungsgarten genutzten Geländeteil der Schule. Im Januar 1932 wurde das auf 862 200 RM veranschlagte Gebäude zur Nutzung übergeben. Obwohl es bereits im Oktober 1939 in ein Marine-Lazarett umgebaut wurde, 1944 ein Bunker angebaut wurde und ab 1946 die Universitäts-Kinderklinik hier Quartier fand, nebenher von August 1946 bis Mai 1950 Sitzungen des Landtages im großen Saal des Aulabaues stattfanden, änderte der Bau sein Gesicht nicht. Erst die Anforderungen unserer Zeit bewirkten stärkere Eingriffe. Aber auch wir haben uns bemüht, behutsam auf die „alte“ Substanz einzugehen. 50 Jahre sind für ein baugeschichtliches Monument eine kurze Lebenszeit. Zwischen den Erbauern und uns liegt aber auch ein tausendjähriger Schlaf. Wir haben allen Grund, mit diesem Dokument einer alten „Neuen Zeit“ auch weiterhin verantwortungsbewußt umzugehen.“

Erst nach dieser Einführung kann man ermessen, wie gut es der Bauleitung zusammen mit den beteiligten Firmen gelungen ist, die wertvolle Bausubstanz zu erhalten sowie die architektonischen Besonderheiten dieses Gebäudes in Einklang zu bringen mit den Anfor-

1) Peter Hense: „Was ist dies für ein Haus?“, in Statistik in Schleswig-Holstein — Aus der Arbeit des Statistisches Landesamtes, Kiel, Juni 1981, S. 8/9

derungen, die eine moderne Spezialverwaltung an ihr Dienstgebäude stellen muß.

Der 11. Juni 1981 war der Schlußpunkt des Umzuges und der Startpunkt für die Arbeit in den neuen Räumen. Zum Einweihungstag waren viele Gäste eingeladen, und viele führende Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung, aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie der Kommunen und Verbände waren gekommen. Die Mitarbeiter des Amtes werteten das als Zeichen dafür, daß die Besucher unserer Arbeit aufgeschlossen gegenüberstehen. Dieser Eindruck wurde durch die offiziellen Reden bestätigt und darüber hinaus in vielseitigen und interessanten Einzelgesprächen erhärtet. Hierzu hatten sich auch viele ehemalige Mitarbeiter des Amtes eingefunden. Das neue Dienstgebäude stand zwar im Mittelpunkt der Festlichkeit — und wir bekamen darüber viele anerkennende Worte zu hören —, aber der Inhalt der Reden ging darüber hinaus und schloß unsere Arbeit und Aufgaben sowie unsere Probleme mit ein.

Den Anfang dazu machte Dr. Mohr, der Direktor des Statistischen Landesamtes in seiner Begrüßungsansprache:

„... Und damit komme ich zu dem, was künftig in diesem Haus geleistet werden soll. Unser Auftrag lautet: Daten gewinnen aus allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in unserem Lande. Er lautet weiter: Verarbeitung dieser Daten zu statistischen Informationen über die Struktur und über die Entwicklung dieser Bereiche. Und er lautet schließlich: Bereitstellung dieser Informationen für Parlamente, Regierungen, Verwaltungen des Bundes und des Landes, für Wirtschaft und Wissenschaft, für die Medien und nicht zuletzt auch für jeden interessierten Bürger unseres Landes. ...“

Im weiteren Verlauf dieser Einführungsrede richtete Dr. Mohr das Wort direkt an den anwesenden Innenminister des Landes Schleswig-Holstein und begrüßte ihn mit folgenden Worten:

„... Wir Angehörigen dieses Amtes sind sehr dankbar, daß besonders Sie, Herr Minister Dr. Barschel, heute trotz ihrer großen zeitlichen Belastung zu uns gekommen sind und daß Sie zu unserer Arbeit Stellung nehmen werden. Wir wissen, daß Sie die objektive statistische Information in einem modernen Staatswesen für unentbehrlich halten. Wir wissen aber auch, daß Sie die staatliche Tätigkeit im Interesse der betroffenen Bürger auf das unumgänglich Notwendige beschränkt wissen wollen. Die Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes, Herr Minister, kennen diesen Konflikt seit Jahrzehnten, und die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen zu einem vernünftigen Ausgleich dieses Konflikts unternommen. Wir haben zur Straffung unseres Programms beigetragen, wir haben uns wechselnden Erfordernissen angepaßt, wir haben Erleichterungen eingeführt, wo es nur ging, und wir haben unsere Arbeitstechniken verbessert und den Datenschutz noch effektiver gestaltet. Wir sind nun aber auch ganz besonders für jede Unterstützung durch unsere

Auftraggeber dankbar, damit wir unsere Aufgaben sachgerecht erfüllen können. Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, daß Sie heute hier zu uns sprechen werden. ...“

Der Innenminister beschrieb in seiner Rede zunächst die Geschichte unseres Dienstgebäudes in den ersten zwei Jahrzehnten, nämlich vom Baubeginn im April 1930 als Pädagogische Akademie bis zum 13. Dezember 1949, als der erste gewählte schleswig-holsteinische Landtag im großen Saal dieses Gebäudes die Landdessatzung für Schleswig-Holstein beschloß. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging er auf die Arbeit im Statistischen Landesamt ein und sagte wörtlich:

„... Ich bin sicher, meine Damen und Herren, daß Sie sich in diesem schönen, für unser Land so wichtigen, weil traditionsreichen Gebäude mit Freude Ihrer Arbeit widmen werden. Eine Arbeit, die in den letzten Jahren immer wichtiger geworden ist. Ich habe es zu Beginn des Jahres wieder selbst ganz besonders empfunden, als ich der Öffentlichkeit den Raumordnungsbericht der Landesregierung zur Kenntnis gab und im Parlament darüber zu referieren hatte. Ohne das vielfältige Datenbasismaterial, das aus Ihrer Arbeit in diesen Bericht eingeflossen ist, wären wichtige Entwicklungen in unserem Lande schwerer erkennbar und damit eine angemessene und rechtzeitige — darauf muß ich als Politiker hinweisen — Reaktion kaum möglich gewesen. ...“

Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf die großen Probleme hin, die durch die Verschiebung der Volkszählung für die aktuelle Politik entstehen. Wir kommen auf diesen zentralen Punkt aller Redner am Ende dieses Beitrages noch besonders zurück. Er fuhr dann fort:

„... Ein ganz besonderer Arbeitsschwerpunkt des Statistischen Landesamtes liegt zweifellos in der Bereitstellung von Informationen über die konjunkturelle und strukturelle Entwicklung unserer Wirtschaft in ihren vielfältigen Bereichen. Ohne diese Daten wären weder die Probleme der Landwirtschaft zu lösen noch die der Industrie, die beide durch dramatisch erhöhte Energiekosten beeinträchtigt werden. Ohne Ihre Daten über Löhne und Preise gäbe es keine sachliche Lohnrunde und keine Basis für eine gerechte Tarifpolitik, gäbe es im Grunde keine Basis für eine gerechte Sozialpolitik im weitesten Sinne. Ohne verlässliche Daten über die Umweltbelastungen, ein ganz modernes Feld, läßt sich die permanente Ökologiediskussion nicht entkrampfen und ohne Daten über den Handel wären die Auswirkungen des tiefgreifenden Strukturwandels auf diesem Sektor nur schwer zu beeinflussen. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit an alle appellieren, die diesem Amt durch Zulieferung von Unterlagen verbunden sind, die so wichtige Arbeit der Statistiker zu unterstützen und auch ihrerseits bei ihren Kollegen und Gesprächspartnern für Verständnis für diese Arbeit zu werben.“

Der Informationsbedarf über quantitative Entwicklungen auf diesen Gebieten ist stark angestiegen. Die Folgen haben Sie alle in den 70er Jahren durch eine erhebliche gesetzliche Ausweitung des statistischen Programms praktisch erfahren. Dies wiederum berührt einen Bereich, über den Ihre Daten

ebenfalls Auskunft geben, nämlich die Staatsfinanzen. Die Haushalte aller Verwaltungsebenen haben sich — wie wir alle wissen — so entwickelt, daß der Staat seit einer Reihe von Jahren nicht mehr in der Lage ist — auch im Bereich der Statistik, meine Damen und Herren, verehrte Mitarbeiter —, alle an ihn herangetragene Wünsche und Forderungen zu erfüllen. Der amtliche statistische Dienst hat diese Schere zwischen Ansprüchen und finanziellen Möglichkeiten bereits frühzeitig erkannt und auf die sich abzeichnenden Diskrepanzen ebenso rechtzeitig hingewiesen. ..."

In einer längeren Passage seiner Rede beschäftigte sich der Innenminister mit dem aktuellen Thema „Einsparungen“ in der Statistik, u. a. zur Entlastung des Bürgers. Das ist eine Problematik, mit der sich der Statistiker tagtäglich auseinandersetzen muß. Die Worte des Ministers zu diesem Thema regen daher zu einer vielfältigen Diskussion an:

„... Es ergab sich der Zwang, das bisherige statistische Programm auf seine weitere Notwendigkeit überprüfen zu lassen, um Kosten zu sparen und wo unabweisbar notwendig, Raum für wichtige Zukunftsaufgaben zu schaffen. Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hat die mehrjährigen Bemühungen der Bundesregierung auf diesem Gebiet begrüßt und tatkräftig unterstützt. Ich bedauere zugleich, daß es trotz dieser gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten noch nicht gelungen ist, einen größeren Einsparungserfolg zu erzielen als durch das 1. Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 14. März 1980 zum Ausdruck kommt. Auch aus diesem Grunde halte ich eine ständige kritische Überprüfung des Programms der Bundesstatistik für notwendig, und zwar, weil sich die auskunftspflichtigen Bürger durch vielfältige Verwaltungsaktivitäten des Staates — und dabei geht es nicht nur um die Statistik — zunehmend belastet, bedrängt, veraltet, mit Formularen und Papieren bedeckt fühlen. Die Kommission für Verwaltungsvereinfachung, in der unabhängige Sachverständige unter meiner Leitung zusammenwirken, hat inzwischen u. a. Vorschläge — Sie kennen sie — zur Entlastung des Bürgers im Statistikbereich erarbeitet. Der größte Teil dieser Vorschläge ist inzwischen von der Landesregierung den übrigen Ländern zugeleitet worden, um auf der Basis einer möglichst breiten Übereinstimmung eine Gesetzgebungsinitiative des Bundesrates vorbereiten zu können. Ein nicht minder wichtiger Fall betrifft daneben auch Ihren Handlungsspielraum bei der Ausgestaltung Ihrer Verfahren. Ich weiß, daß der statistische Dienst sich seit Jahren intensiv bemüht, zur Entlastung der Auskunftspflichtigen beizutragen, sei es durch Einführung von Stichprobenverfahren oder periodisches Auswechseln Berichtspflichtiger, durch bürgerfreundliche Gestaltung der Erhebungspapiere, eine sachgerechte Festlegung von Meldeterminen und viele andere Maßnahmen mehr. Die Empfehlungen unserer Kommission sollen Sie in diesen Bemühungen unterstützen und wo möglich, zu weiteren Fortschritten anregen. Ein besonderes Anliegen sieht die Kommission aber auch in einer besseren Motivierung unserer Bürger, die nicht nur zur Auskunftserteilung angehalten werden sollten. ..."

Der Minister streifte dann den Datenschutz, der in der amtlichen Statistik immer, das heißt bereits vor Verabschiedung der Datenschutzgesetze, eine beherrschende Rolle gespielt hat:

„... Ich sprach von den Belastungen der Bürger und daß es notwendig ist, sie anzuregen, bei ihnen die Bereitschaft zu wecken, Auskünfte gern zu erteilen. Zum guten Verhältnis zwischen dem Statistischen Landesamt und dem Bürger trägt sicherlich auch die strikte Beachtung des Datenschutzes bei. Dieser Verpflichtung haben Sie sich stets — wie ja auch aus den Berichten unseres Datenschutzbeauftragten an verschiedenen Stellen hervorgeht — besonders verbunden gefühlt. In den neuen Räumen wird dies auch technisch besser möglich sein als bisher, so glaube und hoffe ich jedenfalls. Dies ist auch gut so, denn Statistik, meine Damen und Herren, verehrte Mitarbeiter, dient dem Bürger wie jede andere Verwaltung auch. Wir wollen nicht den gläsernen Menschen, nicht den Überstaat, der alles, aber auch wirklich alles von seinen Bürgern weiß. Totale Datenerfassung ist auch nicht erforderlich, so meine ich, um Statistik zu einem wirkungsvollen Hilfsmittel realitätsorientierter Politik zu machen. ..."

Der Minister beendete seine Rede mit einem Dank an alle Mitarbeiter und dem humorvoll vorgetragenen Wunsch, „daß die Zahlen des Statistischen Landesamtes immer aussagen mögen, daß dieses Land gut regiert werde.“

Der Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Dr. Schübeler, der die Grüße und Glückwünsche des Landtages überbrachte, unterstrich in seiner kurzen Rede die Ausführungen des Innenministers, indem er u. a. sagte:

„... Ich möchte aber auch sagen, daß wir als Parlamentarier sehr wohl auf eine qualitativ gute Arbeit angewiesen sind, die hier im Statistischen Landesamt geleistet wird. Der Innenminister hat davon gesprochen, daß Statistik keine Politik ist. Ich kann das nur unterstreichen, aber ich möchte hinzusetzen: Statistik ist ein wichtiges Hilfsmittel für den Politiker, und wir würden alle im luftleeren Raum arbeiten, wenn wir keine verlässlichen Daten über das haben, worüber wir Entscheidungen zu treffen verpflichtet sind. ..."

Dr. Mohr, als Hausherr, bedankte sich für die Ausführungen der beiden Politiker und griff den humorvollen Schlußsatz des Ministers wieder auf:

„... Sie haben, sehr geehrter Herr Minister, ausgeführt, daß es gut sei, wenn unsere Daten zum Ausdruck brächten, daß dieses Land gut regiert werde. Wir sind voll einverstanden hiermit aus zwei Gründen: einmal wollen wir uns als Staatsbürger auch weiterhin in diesem Lande wohlfühlen, so wie wir es heute tun, und das können wir eben, wenn das Land gut regiert wird. Und zweitens veröffentlicht man auch als Angehöriger dieses Amtes Daten, die etwas Positives zum Ausdruck bringen, leichter und freudiger als solche, die das Gegenteil aussagen. Auch aus diesem Grunde stimmen wir mit Ihrem Wunsch voll überein. ..."

Im Anschluß an den Innenminister ging dann der Leiter des Statistischen Bundesamtes, Herr Präsident Kroppenstedt, auf wesentliche Probleme der statistischen Arbeit ein. Dr. Mohr hatte in seinen Begrüßungsworten darauf hingewiesen, daß der Präsident und der

Vizepräsident der fachlich zuständigen Bundesbehörde durch ihre Anwesenheit die Verbundenheit zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein dokumentieren. Als Leiter des Statistischen Bundesamtes und auch als Bundeswahlleiter kenne der Präsident die Probleme und den Wert unserer Arbeit aus erster Hand. Präsident Kroppenstedt hob in seinen Ausführungen dann auch sogleich das Zusammenwirken von Bund und Ländern in der amtlichen Statistik hervor:

„... Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, Ihnen heute allen für die jahrelange gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu danken. Eine Zusammenarbeit, die gekennzeichnet ist von Ihrer Seite durch Sachkunde, durch konstruktiven Rat, durch fachliche Autorität, und wofür ich besonders dankbar bin, durch positive Einflußnahme auf das Zusammenwirken aller Beteiligten in Bund und Ländern. Und das ist für uns alle sehr wichtig bei einer so komplizierten Sache, wie es die amtliche Statistik darstellt. Herr Minister, Sie haben die Bedeutung der amtlichen Statistik gewürdigt, ihre Wichtigkeit hervorgehoben. Ich brauche zu diesem Thema eigentlich nichts mehr zu sagen, es ist viel wichtiger, wenn die Benutzer der Statistik das hervorheben als die Produzenten. Die Statistik ist ein Komplex, an dem sehr viele mitwirken, u. a. die Statistischen Ämter, die Länder insgesamt, die Konsumenten. Die Daten aus vielen Bereichen sind eigentlich ein großes Kunstwerk, und dieses Kunstwerk kann nur gelingen, wenn die Zusammenarbeit auf allen Ebenen gefördert wird. Zu allererst in der engeren Familie der Statistik, zwischen dem Bundesamt und den Statistischen Landesämtern. Ich weiß wohl, daß eigentlich der Schwerpunkt der statistischen Arbeit nicht im Bund liegt, sondern bei den Ländern. Sie haben für die meisten Statistiken die Erhebungen zu machen, führen die Daten zu Landesergebnissen zusammen und veröffentlichen sie. Der Bund hat nur einige wenige Statistiken, die er selbst durchführt, erhebt, zusammenführt, zum Beispiel die wichtige Statistik des Außenhandels. Insofern sind wir an Ihre Arbeit gebunden und sind sehr glücklich, daß das Verhältnis der Zusammenarbeit so gut ist. Aber es genügt nicht allein die gute Zusammenarbeit zwischen Ihnen und uns, es kommt vieles andere hinzu. Wir sind auch auf die gesetzgebenden Körperschaften angewiesen, denn sie setzen das Recht, nach dem wir erheben. Wir erheben nicht das, was wir wollen, sondern dasjenige, was die Körperschaften vorschreiben. Hier kommt es darauf an, daß die Gesetze — es handelt sich im wesentlichen um Bundesgesetze, auf denen die Statistiken beruhen — auch den sachlichen Bedürfnissen entsprechen. Es kommt schon vor, daß den Statistischen Ämtern bei ihrer Arbeit Mängel angelastet werden, die letzten Endes in der Unzulänglichkeit der gesetzlichen Grundlage zu finden sind. Die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten muß meines Erachtens unter dem Motto stehen: Gemeinsame Arbeit, gemeinsamer Nutzen. ...“

In seinem nächsten Redeteil versetzte sich der Präsident in die Rolle der Konsumenten von statistischen Daten, die er aus seiner früheren Tätigkeit im Bundesinnenministerium gut kennt. Er griff das Problem der Aktualität von statistischen Ergebnissen auf und forderte zudem eine benutzergerechte Darstellung der Daten, zum Beispiel mit Hilfe funktionsfähiger Daten-

banken in allen Bundesländern. Hierzu führte Präsident Kroppenstedt u. a. aus:

„... Ich möchte in diesem Zusammenhang auf zwei Punkte hinweisen, die mir notwendig und verbesserungswürdig erscheinen. Das erste Problem ist die Aktualität. In meiner früheren Tätigkeit im Innenministerium habe ich selbst häufig schmerzlich erfahren, daß die statistischen Ergebnisse gelegentlich veraltet waren. Mit alten Daten kann man schlecht aktuelle Politik machen. In meiner jetzigen Tätigkeit höre ich von allen Seiten, sei es von der Bundesbank, vom Wirtschaftsminister, von den Bundestagsabgeordneten, in Schreiben aus der Wirtschaft, daß unsere Statistiken zum Teil nicht aktuell genug sind, und ich glaube, wir sollten uns diesem Problem stellen. Die amtliche Statistik verwendet sehr viel Energie darauf, die Verlässlichkeit, Genauigkeit und Differenziertheit der Ergebnisse zu gewährleisten. Ich meine, die Aktualität ist ein ebenso wichtiges Qualitätsmerkmal der amtlichen Statistik. Die Statistik ist kein Instrument für die Geschichtsschreibung, sondern eines zur Deckung des Informationsbedarfs für aktuelle Entscheidungen — worauf Sie, Herr Minister, sehr deutlich hingewiesen haben. Dazu kommt, daß die nicht unerheblichen Mittel, die für die Statistik ausgegeben werden — das ist ja kein Geheimnis, wenn Sie die Gesamtkosten sehen —, einen hohen Nutzen verlangen. Wenn die Information nicht früh genug kommt, ist der Nutzen nicht hoch genug. Die Kosten bleiben aber dieselben, und deswegen ist das Problem der Aktualität sehr wichtig. Man muß es abwägen gegen andere Aspekte: der Qualität, der Genauigkeit, der Zuverlässigkeit, der Differenziertheit. Auf keinen Fall darf meines Erachtens die Aktualität die letzte Priorität in dem Verhältnis dieser verschiedenen Zielkomponenten einnehmen.“

Das nächste Problem, zu dem ich einige Worte sagen möchte, ist die benutzergerechte Darstellung der Daten. Statistische Informationen bilden das Leben in unserem Staat in allen seinen Bereichen ab: Kultur, Wirtschaft, Politik, Gesellschaft. Viele Benutzer der Statistik oder Leute, die Benutzer sein könnten, sind in statistischen Dingen relativ unerfahren. Präsentieren wir ihnen die Informationen lediglich in Fachserien mit vielen Tabellen und mit wenig methodischen Erläuterungen, so wissen sie wenig mit diesen Informationen anzufangen. Selbstverständlich sind diese traditionellen Veröffentlichungen für die Experten notwendig. Aber ich meine, wir müssen uns auch darum bemühen, mit einem breiteren Angebot von Veröffentlichungen eine größere Zahl von Bürgern unseres Staates zu erreichen. Wenn ich von statistisch unerfahrenen Leuten spreche, denke ich auch an Abgeordnete und an Mitglieder der Verwaltungen, die meist keine allzu große statistische Vorbildung haben. Wir müssen versuchen, ihnen die vielen wichtigen Informationen, die wir haben, besser zugänglich zu machen als bisher und mehr Querschnittsveröffentlichungen erscheinen lassen, und zwar in einer einfachen Form mit Text und Grafiken, aber wenig Tabellen. Ich glaube, das schöne orangefarbene Heftchen², das Sie hier in den Händen haben, ist ein guter Weg, einen größeren Personenkreis an die Statistik heranzuführen.

2) damit ist die bereits zitierte Veröffentlichung: „Statistik in Schleswig-Holstein — Aus der Arbeit des Statistischen Landesamtes“ gemeint

Ein anderer Punkt, der nicht unerwähnt bleiben darf, ist der Einsatz moderner Technik. Bisher vollzieht sich Kommunikation weitgehend über das Papier. Wir werden in Zukunft — über den Zeitraum kann man unterschiedlicher Meinung sein — eine steigende Bedeutung der maschinenlesbaren Daten haben, und darauf muß sich die Statistik mit ihrem Massenangebot an Daten einstellen. Wir haben im Bund das statistische Informationssystem aufgebaut, eine Datenbank, die es ermöglicht, statistische Daten u. a. über Datensichtgeräte abzurufen. Darüber hinaus gibt uns dieses System die Möglichkeit, die enthaltenen Daten weiterzuverarbeiten für Analysen, Modellrechnungen und zu Spezialtabellen. Dazu sind keine Programmierkenntnisse erforderlich, sondern nur ein kurzer Einführungskurs. Die Benutzer dieser Datenbank sind zu einem großen Teil die Mitarbeiter aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes, die heute nicht mehr auf die Kollegen von der EDV angewiesen sind, sondern die selbst in der Lage sind, spezielle Anfragen in kurzer Zeit zu beantworten. Auch andere Institutionen, so zum Beispiel einige Bonner Ministerien und die Bundesanstalt für Arbeit, sind unserem System angeschlossen. Mitarbeiter dieser Einrichtungen können unmittelbar statistische Daten abrufen und somit Erkenntnisse aus dem statistischen Material gewinnen. Ich glaube, es wird in Zukunft angestrebt werden müssen, im Rahmen eines Datenbanksystems zu einem bundeseinheitlichen Datenverbund zu kommen, um auch die regionalen Daten für die vielen denkbaren Entscheidungen besser nutzbar zu machen. ..."

Nach diesen in die Zukunft weisenden Worten griff der Präsident die Ausführungen des Innenministers Dr. Barschel über ein „zuviel an Statistik“ auf und äußerte sich auch zu diesem Problem, das Bund und Länder gleichermaßen zu schaffen macht:

„... Nun ein anderes Problem: Sie haben es angesprochen, Sie haben gesagt, Statistik darf nicht ausufern. Ich glaube, das können wir alle voll unterstützen, und die Statistischen Ämter haben es nicht als eine lästige Pflichterfüllung angesehen, das Programm ständig zu überdenken und zu überlegen, ob einzelne Dinge reduziert werden können, ob man Einsparungen machen kann. Das war ein wichtiges Anliegen und die Personalknappheit, der Mangel an Mitteln, nicht nur an personellen, sondern auch an sachlichen Mitteln zwingt die Ämter dazu, rationell vorzugehen, über Einsparungen nachzudenken. Ich darf hier ruhig einmal sagen, daß ich im Innenministerium eine ganze Reihe von Jahren mit Personalproblemen befaßt war und dadurch einen guten Überblick über viele Bereiche der Verwaltung gewonnen habe. Ich kenne im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik keine Behörde, die seit 1960 ihren Personalstand konstant gehalten hat, wie das weitgehend für den Bereich der amtlichen Statistik, für das Statistische Bundesamt zutrifft. Und ich weiß auch, daß in den Ländern, zumindest in den letzten Jahren, die erhöhten Anforderungen mit dem gleichen Personal geschafft worden sind, und das war nur möglich, durch eine starke Rationalisierung, durch einen erhöhten Einsatz aller Mitarbeiter. ... Man muß aber auch sehen, daß die Diskussion um Statistikbereinigung — besser sollte man sagen Fortentwicklung des statistischen Programms — gewisse Probleme hat. Es wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als sei die Statistik ein dichter, undurchdringlicher Dschungel, bei dem es genüge, mit dem Buschmesser mal richtig hineinzuschlagen, um eine große Menge Fortschritte zu erzielen. Fortschritte sind erzielbar, ich glaube aber nicht in der von

vielen erwarteten Größenordnung. Man darf nicht übersehen, daß die Gesellschaft komplexer und immer interdependenter wird, der Entscheidungsbedarf für schnelle Entscheidungen größer wird und von daher der Informationsbedarf wächst. Außerdem sind wir in der glücklichen Lage, heute eine große Zahl von Informationen schneller verarbeiten zu können, als in früheren Jahren. Ich glaube auch, daß trotz aller Bemühungen die Chancen zu einer sehr raumgreifenden Reduzierung des Programms nicht gegeben sind. Das 1. Statistikbereinigungsgesetz hat gezeigt, daß mehr als 90 % des Programms notwendig sind. Hieran wird weiter gearbeitet. Ihr Entwurf von Schleswig-Holstein hat in dieser Richtung einige Akzente gesetzt, und ich bin sicher, daß wir noch in dieser Legislaturperiode zu einem 2. Statistikbereinigungsgesetz kommen werden, nur wird das auch nicht zu einer solchen Entlastung führen, über die sich die Finanzminister freuen würden. Von der Vorstellung, 10, 20 oder sogar 30 % der Kosten der Statistischen Ämter in Bund und Ländern einsparen zu können, muß man sich freimachen. ..."

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes hat in seiner Rede — wie Dr. Mohr als Dank an ihn erwiderte — einen großen Bogen über die Probleme und über den Wert unserer Arbeit geschlagen. „Und ich glaube“, so fuhr Dr. Mohr in seiner Dankadresse fort, „wir werden noch viel Gelegenheit haben, über Einzelheiten aus diesen Komplexen miteinander zu beraten.“

Wie die vorstehenden Ausführungen zeigen, wurde über viele Probleme, die den Statistiker und große Teile der Öffentlichkeit angehen, gesprochen: aber es gab noch ein Thema, das alle Redner besonders erwähnt haben und auf das wegen der großen Aktualität hier noch einmal im Zusammenhang eingegangen werden soll: die Volkszählung. Dr. Mohr sprach dieses Thema bereits eingangs bei seiner Begrüßung des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes an:

„... Wir haben zur Zeit die gemeinsame Sorge, daß eine weitere Verzögerung der Volks-, Wohnungs-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung unsere gesamten Aussagen über die demographische Struktur und über die Entwicklung unserer Bevölkerung und deren Wohnraumversorgung zunehmend in Frage stellt und daß Bund, Länder und Gemeinden Gefahr laufen, die knapper gewordenen Mittel womöglich auch noch falsch zu kanalisieren. ...“

Er ging dabei von der Tatsache aus, daß die im Frühjahr 1981 vorgesehene Volkszählung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, weil sich Bund und Länder über deren Finanzierung bisher nicht einig werden konnten. Die letzten Basisdaten stammen aus den Jahren 1968/70 und sind veraltet.

Als erster griff dann der Innenminister dieses Thema auf und stellte es in den großen politischen Rahmen:

„... Und damit komme ich auf einen Aspekt, den Sie, Herr Dr. Mohr, bereits angesprochen haben, und ich habe wie Sie die ernste Sorge, daß es durch die Verzögerungen bei der Vorbereitung der Volks-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzäh-

lung — kurz Volkszählung genannt — zu schwerwiegenden Informationsdefiziten und daraus folgend zu Nachteilen für eine realitätsbezogene Politik kommen wird. Ich muß daher mit großer Entschiedenheit darauf hinweisen, daß die Schleswig-Holsteinische Landesregierung kein Verständnis dafür hat, daß sich der Bund — um es einmal etwas allgemein zu sagen — seiner finanziellen Mitverantwortung für ein Vorhaben dieser Größenordnung weiterhin entzieht. Ich will jetzt die parlamentarischen Diskussionen zu diesem Thema nicht hier in extenso wiederholen. Ich habe in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Innenausschusses des Bundesrates die Frage gestellt, ob der Bund ernsthaft der Meinung ist, daß diese Volkszählung eine Sache sei, die elf Länder interessiere. Ist denn die Bundesrepublik Deutschland die statistische Summe von elf Bundesländern? Braucht nicht auch der Bund dieses Basismaterial für eine statistische Untermauerung und Abgleichung seiner Politik in Wirtschaft und Fremdenverkehr, in Straßenbau und Wohnungsbau und in anderen vielfältigen Bereichen? Es ist doch ganz klar, daß in einem föderativ aufgebauten Staat sowohl die Länder, aber genauso der Bund ein Interesse daran hat, daß in nicht zu langen Abständen diese Zählungen durchgeführt werden. Diese Sätze, Herr Präsident Kroppenstedt, gehen nicht an Sie, sondern an die Adresse derjenigen, die meinen, das ist eine Zählung, die interessiert elf Länder und nicht den Bund; also sollen die Länder bezahlen. Meine Damen und Herren, die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist nicht die Summe von elf Ländervölkern, sondern es interessiert das Wachstum, die Entwicklung, die Strukturen — um nur wenige Stichworte zu nennen — innerhalb der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Deshalb hoffe ich, daß es mir mit diesen etwas längeren Ausführungen gelungen ist, Ihnen noch einmal Worte auf den Weg zu geben, um sie weiterzugeben — ich nehme an, gar nicht so sehr an Ihren obersten Dienstherren, sondern an den Herrn Bundesfinanzminister, man beachte den feinen Unterschied —, daß eine Reihe von Ländern — und wir waren im Bundesrat einstimmig der Meinung — sagen, wir brauchen die Volkszählung. Wir wollen sie auch, aber es kann nun nicht angehen, daß im Gegensatz zu früheren Usancen erstmalig die Länder sie allein bezahlen müssen. ..."

Präsident Kroppenstedt erinnerte dann in seinen Ausführungen zum Zählungswerk zunächst daran, daß die Volkszählung eigentlich vor 3 Wochen hätte stattfinden sollen! Nach Hinweisen auf den großen zeitlichen Abstand zur letzten Zählung führte er u. a. aus:

.... Es besteht in der Tat die Gefahr, daß auf Grund unzureichender Grundlagen auch Fehlinvestitionen erfolgen. Letzten Endes ist die Volkszählung ja auch eine Art Investition auf dem Gebiet der Information. Und es ist leider das Schicksal aller Investitionen offenbar in dieser Zeit, daß sie nicht mit dem nötigen Elan vorangetrieben werden, weil die Schäden, die durch Fehlinvestitionen auftreten, sich meistens erst im Laufe der Zeit bemerkbar machen, allerdings mit dem großen Schaden, daß zeitgerechte Investitionen nicht mehr nachgeholt werden können. Und ich glaube, es bedarf der intensiven Bemühungen aller Beteiligten, hier zu einer Lösung zu kommen. Es steht im Raum der Betrag von 500 Millionen. 500 Millionen DM ist ein entsetzlicher Betrag. Ich habe manchmal den Eindruck, es gibt nur wenige, die sich darüber freuen, nämlich diejenigen, die gar nichts ausgeben möchten, und man wird möglicherweise — und eine Anregung Ihres Landes, Herr Minister, liegt ja vor — auch darüber nachdenken müssen, ob unter den

veränderten Bedingungen nicht die Möglichkeit besteht, zu Kosteneinsparungen zu gelangen, also auf wichtige Informationen zu verzichten. In diesen Zeiten kann man eben nicht alles Notwendige haben, sondern nur das Notwendigste und das wird eine Erkenntnis sein, die nicht nur den Bereich der Statistik betrifft, sondern alle Bereiche, und ich glaube deswegen ist Ihre Anregung durchaus gedeckt. Sie werden verstehen, daß ich zu dem Streit zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung, da ich das Geld ja nicht habe, nichts im einzelnen sagen möchte. Aber ein bißchen Aussage liegt ja auch schon in dem Wort, daß ein Kompromiß notwendig ist. Ein Kompromiß bedeutet ja ein Aufeinanderzugehen von allen Seiten und man muß sehen, daß man in den nächsten Wochen und Monaten hier zu einer Lösung kommt. ..."

Gegen Ende der Veranstaltung begrüßte dann der Personalratsvorsitzende des Statistischen Landesamtes, Herr Latz, gleichfalls alle Gäste und Mitarbeiter und brachte in beredten Worten seine Freude über unser neues Dienstgebäude zum Ausdruck. Er machte sich damit zum Sprachrohr aller Mitarbeiter. Er nutzte aber auch die Gelegenheit, dem Innenminister aus der Sicht des Personalrates eine Bitte vorzutragen:

.... Ich möchte allerdings nicht versäumen, Herr Innenminister, Ihnen noch eine Bitte mit auf den Weg zu geben: Unterstützen Sie bitte weiterhin unsere Dienststelle, aber auch den gesamten öffentlichen Dienst bei der Bewältigung der auch künftig anstehenden vielschichtigen, vielseitigen Probleme, die da zum Beispiel sind: der große Mangel an Planstellen, Zeitvertragsprobleme, die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes unseres Landes, das Bildungsurlaubsgesetz, die Unterbringung von Schwerbehinderten und nicht zuletzt die Welle der mit Sicherheit auf uns zukommenden Technisierung am Arbeitsplatz durch Bildschirm oder gar Mikroprozessoren. Ich verspreche Ihnen, und das glaube ich für alle Mitarbeiter dieses Hauses tun zu dürfen, wir, die Mitarbeiter dieser Dienststelle, leisten dazu unseren Beitrag zum Wohle der Bürger unseres Landes, zum Wohle unseres Landes Schleswig-Holstein. ..."

Nachdem die Veranstaltung mit einem Schlußwort von Dr. Mohr beendet war, stand unser Haus zur Besichtigung offen. Es waren einige Vorführungen im Hause vorbereitet, so zum Beispiel eine Demonstration am Bildschirm über die Fremdenverkehrsstatistik, etwas ähnliches über die Baumschulerhebung mit unserem Mehrplatzsystem und über die Kartei im Produzierenden Gewerbe. Ganz besonders hervorgehoben werden soll die kleine Ausstellung über statistische Quellen. Der Wissenschaftler Dr. Momsen von der Bibliothek der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, ein hervorragender Kenner der Geschichte Schleswig-Holsteins und des statistischen Materials, hatte die Schaustücke sachkundig ausgewählt und uns bei der Vorbereitung der Ausstellung wirksam unterstützt. Die Gäste machten von allen Angeboten regen Gebrauch. Sie besahen sich zudem die Räume und Arbeitsplätze der Mitarbeiter und verwickelten uns in anregende Gespräche.

Der Nachmittag gehörte dann den Mitarbeitern und den Ehemaligen des Statistischen Landesamtes, die zusammen mit Angehörigen und Freunden „Ihr Haus“ mit viel Musik und guter Laune feierten.

Am 14. Juni 1981, dem „Schleswig-Holstein-Tag“ mit dem Thema „buntes Schleswig-Holstein“ öffnete das Statistische Landesamt dann noch einmal weit seine

Türen, um Nachbarn und Freunde und die interessierte Öffentlichkeit zum „Tag der offenen Tür“ einzuladen. Über 500 neugierige Gäste kamen innerhalb von sechs Stunden. Sie freuten sich über unser schönes Dienstgebäude und waren oft erstaunt — so konnten wir hören — wie interessant Statistik sein kann.

Zusammengestellt von Lieselotte Korschey

Zur Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe

Auftragsdaten nur für fachliche Betriebsteile

Die Tätigkeit der Unternehmen des produzierenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland wird von einem System aufeinander abgestimmter Erhebungen unterschiedlicher Periodizität erfaßt. Im Rahmen dieses Systems kommt dem Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe als kurzfristige Konjunkturstatistik eine besondere Bedeutung zu. Wie schon sein Vorläufer, der Industriebericht¹, bezieht sich auch der Monatsbericht für Betriebe mit der Erfassung seiner Tatbestände auf örtlich voneinander getrennte Produktionseinheiten. Dabei ist der Erhebungskreis wie bei den übrigen Statistiken des produzierenden Gewerbes vom Unternehmen her (als rechtlich selbständiger Einheit) abgegrenzt. Er erstreckt sich auf alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; auskunftspflichtig sind im Monatsbericht deren Betriebe, und zwar dann, wenn ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe liegt². Außerdem werden von Unternehmen außerhalb des produzierenden Gewerbes im allgemeinen Betriebe des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes zur Berichterstattung herangezogen, sofern sie 20 und mehr Beschäftigte haben.

Die Klassifizierung der in die Erhebung einbezogenen Betriebe nach ihrer Haupttätigkeit macht es unver-

meidlich, daß die für den gesamten Betrieb einschließlich etwaiger Nebentätigkeiten erhobenen Tatbestände — geleistete Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltssummen, Energieverbrauch sowie Heizöl- und Kohlebestände — dem Wirtschaftszweig zugeordnet werden, in dem der Betrieb überwiegend tätig ist. Ein Betrieb beispielsweise, der aufgrund seiner Haupttätigkeit dem Maschinenbau zuzuordnen ist, aber auch elektrotechnische Erzeugnisse herstellt, meldet die o. a. Daten für beide Wirtschaftszweige zusammen unter der Position Maschinenbau. Da eine solche Erhebungsweise Verzerrungen der Ergebnisse zur Folge hat, die umso mehr ins Gewicht fallen, je heterogener die Tätigkeit eines Betriebes ist, sind im Monatsbericht für Betriebe die Angaben über Beschäftigte, Umsatz, Verbrauchsteuern sowie den Auftragseingang³ nach fachlichen Betriebsteilen zu gliedern. Betriebe, deren Produktion sich auf mehrere Wirtschaftszweige erstreckt, teilen diese Angaben gemäß der SYPRO, das ist die Systematik der Wirtschaftszweige in der Fassung für die Statistik im produzierenden Gewerbe, auf die verschiedenen Tätigkeiten auf. Um jeweils die Gesamtleistung der Betriebe zu erfassen, werden auch evtl. vorhandene fachliche Einheiten im Baugewerbe und außerhalb des produzierenden Gewerbes (Handel, Transport u. a.) in die Erhebung einbezogen, so daß die Summe der fachlichen Betriebsteile das Betriebsergebnis ausmacht. Das gilt allerdings nicht für den Auftragseingang und -bestand; hier ist eine betriebsweise Darstellung nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Die Merkmale werden nur für solche fachlichen Betriebsteile des verarbeitenden Gewerbes erhoben,

1) Vgl. Heppt E., Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe, in WiStA 6/79, S. 394 ff.

2) Maßstab für den wirtschaftlichen Schwerpunkt soll grundsätzlich die Wertschöpfung sein. Ersatzweise werden auch der Bruttoproduktionswert oder die Zahl der Beschäftigten zur Bestimmung der Haupttätigkeit herangezogen

3) Als Ergänzung zur Erhebung der Auftragseingänge wird einmal jährlich zum 31. 12. der Auftragsbestand erhoben, und zwar für denselben Erfassungsbereich; vgl. auch Heft 8/1980, S. 146 ff.

bei denen Auftragseingang und -ausführung zeitlich auseinanderfallen oder die für die kurzfristige Konjunkturanalyse bedeutsam sind.

Für die Konjunkturanalyse einzelner Wirtschaftszweige eignen sich die nach fachlichen Betriebsteilen gegliederten Daten besser als die Betriebsergebnisse, weil sie die „reine“ Branchenentwicklung widerspiegeln, unbeeinflusst von den Veränderungen durch die „Fremdbeimischungen“, die je nach Art und Umfang sehr unterschiedlich sein können. Festzustellen, welche Kombinationen von wirtschaftlichen Tätigkeiten im einzelnen auftreten, die zu Abweichungen zwischen den Betriebsergebnissen und den Ergebnissen für fachliche Einheiten führen, wäre aus den verfügbaren Daten des Monatsberichts zwar möglich, aber sehr arbeitsaufwendig. Die Gegenüberstellung von Betriebsergebnissen und solchen für fachliche Einheiten in Schleswig-Holstein gibt immerhin eine gewisse Orientierung über die branchenmäßige Verflechtung und trägt dazu bei, die Aussagefähigkeit der monatlich angebotenen Konjunkturdaten zu erhöhen.

500 „fremde“ fachliche Betriebsteile

Im Jahresdurchschnitt 1980 meldeten 1 659 Betriebe für 2 136 fachliche Betriebsteile im verarbeitenden Gewerbe. Vergleicht man die Anzahl der Betriebe in ausgewählten wichtigen Wirtschaftsgruppen des verarbeitenden Gewerbes (siehe Tabelle) mit der Anzahl der fachlichen Betriebsteile, die in diesen Branchen vorhanden waren, so zeigt sich, daß die Zahl der fachlichen Einheiten jeweils größer war als die der Betriebe. Das bedeutet, daß keine der dargestellten Wirtschaftsgruppen ausschließlich als betrieblicher Schwerpunkt vorhanden war, sondern immer auch als fachlicher Betriebsteil von Betrieben, deren Haupttätigkeit in einer anderen Branche lag.

So wurde in Schleswig-Holstein 1980 die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden nicht nur von den 185 Betrieben vorgenommen, deren Haupttätigkeit in dieser Branche lag, sondern auch von 45 weiteren Betrieben anderer Schwerpunktuordnung. In der chemischen Industrie entfielen von den

Betriebe und fachliche Betriebsteile im verarbeitenden Gewerbe¹ 1980

Wirtschaftliche Gliederung	Betriebe		Fachliche Betriebsteile			
	Anzahl	Umsatz ²		Anzahl	Umsatz ²	
		darunter im verarbeitenden Gewerbe			darunter in die Auftragsstatistik einbezogen in % von Spalte 5	
		Mill. DM	Mill. DM		Mill. DM	
Grundstoffe und Produktionsgüter einschl. Bergbau	339	7 412	7 003	447	7 134	55
darunter						
Steine und Erden	185	1 429	1 278	230	1 334	58
Chemie	63	2 124	1 949	95	2 321	100
Papier- und Pappeerzeugung	6	447	446	7	337	100
Investitionsgüter	658	9 812	8 940	867	8 876	88
darunter						
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen)	185	3 648	3 452	264	3 193	100
Schiffbau	24	1 342	1 319	28	1 311	100
Elektrotechnik	105	1 516	1 436	160	1 502	89
Verbrauchsgüter	342	4 311	4 180	434	4 118	87
darunter						
Papier- und Pappeverarbeitung	35	652	636	45	580	100
Druckerei und Vervielfältigung	79	1 387	1 372	82	1 381	100
Kunststoffverarbeitung	59	613	555	84	557	100
Textilherstellung	26	359	345	38	344	99
Bekleidung	38	208	203	42	204	82
Nahrungs- und Genußmittel	320	9 600	8 867	388	8 860	0
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 659	31 134	28 988	2 136	28 988	53

1) Zur Abgrenzung des Erhebungsumfanges siehe Seite 136

2) ohne Umsatzsteuer

95 vorhandenen fachlichen Betriebsteilen 63 auf Betriebe mit Schwerpunkt in dieser Wirtschaftsgruppe und 32 auf Betriebe mit anderem Haupttätigkeitsbereich.

Auch im Maschinenbau und in der Elektrotechnik waren neben den 185 bzw. 105 hauptsächlich in diesen Branchen produzierenden Betrieben weitere 79 bzw. 55 fachliche Betriebsteile vorhanden. Im Schiffbau betätigten sich außer den 24 Betrieben, in denen diese Tätigkeit dominiert, noch 4 weitere Einheiten, die ihrem Schwerpunkt nach überwiegend Maschinenbau betrieben.

Innerhalb des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes waren fachliche Betriebsteile, die nicht auch den betrieblichen Schwerpunkt darstellten, vor allem in den Wirtschaftsgruppen Herstellung von Kunststoffwaren sowie Textilgewerbe zu beobachten.

Die Aggregation der fachlichen Betriebsteile aller Betriebe führt in manchen Wirtschaftsgruppen zu erheblich höheren Umsätzen aus verarbeitender Tätigkeit als die Betriebe erlösten, die der jeweiligen Wirtschaftsgruppe ihrem Schwerpunkt nach zugeordnet sind; in anderen Branchen wurden diese deutlich unterschritten.

So wird man der Bedeutung der chemischen Industrie in Schleswig-Holstein nicht gerecht, betrachtet man nur die Betriebe, in denen die Herstellung chemischer Erzeugnisse vorherrscht. Sie tätigten nur 92 % sämtlicher auf diese Wirtschaftsgruppe (fachliche Betriebsteile) entfallenden Erlöse.

Andererseits kommt es einer Überbewertung des Maschinenbaus gleich, wenn man ihn an den Daten für die 185 Schwerpunktbetriebe mißt. Infolge erheblicher Fremdbeimischungen (Fahrzeugbau, Schiffbau) tätigten die Betriebe um 8 % höhere Umsätze aus verarbeitender Tätigkeit, als für die fachlichen Betriebsteile dieser Wirtschaftsgruppen nachgewiesen wurden. Im Schiffbau hielten sich die aus der Aufsplittung der Umsätze resultierenden Zu- und Abgänge annähernd die Waage.

Der Ausgleich vollzieht sich erwartungsgemäß weitgehend innerhalb der drei großen Wirtschaftshauptbereiche Grundstoffe und Produktionsgüter, Investitionsgüter und Verbrauchsgüter herstellendes Gewerbe; nach deren Zusammenfassung sind zwischen den Erlösen der fachlichen Betriebsteile und denjenigen aus verarbeitender Tätigkeit der Betriebe nur noch geringe Abweichungen zu beobachten. Auch das

Nahrungs- und Genußmittel produzierende Gewerbe weist eine recht homogene Produktionsstruktur auf. Entgelte für Lieferungen und Leistungen aus verarbeitender Tätigkeit in anderen Wirtschaftsbereichen werden hier selten gemeldet.

Ein Vergleich von Betriebsergebnissen mit Ergebnissen für fachliche Betriebsteile wäre auch für das Merkmal Beschäftigte möglich, nicht aber für den als Konjunkturindikator relevanten Auftragseingang, dessen Erhebung, wie bereits erwähnt, nur diejenigen fachlichen Einheiten eines Betriebes umfaßt, deren Tätigkeit sich auf die für diese Statistik ausgewählten Wirtschaftszweige erstreckt; Betriebsergebnisse können zur Auftragseingangstatistik somit nicht erstellt werden. Dennoch gewährleisteten die Ergebnisse aus den zur Erfassung des Auftragseingangs ausgewählten Wirtschaftszweigen nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in Schleswig-Holstein eine ausreichende Repräsentanz für die Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe. So waren, gemessen am Umsatz der fachlichen Betriebsteile, in Schleswig-Holstein 1980 56 % des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, 88 % des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes und 87 % des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes in der Auftragsingangstatistik enthalten. Bezogen auf das verarbeitende Gewerbe insgesamt waren es zwar nur 53 %; dabei ist jedoch zu beachten, daß dem nicht in der Auftragseingangstatistik enthaltenen Nahrungs- und Genußmittelgewerbe in Schleswig-Holstein ein erhebliches Gewicht zukommt. Für die Beurteilung des Konjunkturverlaufs sind jedoch die anderen Bereiche des verarbeitenden Gewerbes, insbesondere das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, von größerer Bedeutung.

Auftragseingang aus dem Ausland stützt Nachfrage

Während sich die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Bundesdurchschnitt 1980 nominal nur noch um 4 % gegenüber 1979 erhöhten und die Veränderung der preisbereinigten Werte gegenüber dem Vorjahr in fast allen Wirtschaftsgruppen eine rückläufige Nachfrageentwicklung erkennen ließ, konnte Schleswig-Holstein mit seiner vom Bund abweichenden Branchenstruktur 1980 noch eine insgesamt positive Auftragsentwicklung verzeichnen. So nahmen die zur Auftragseingangstatistik meldenden Betriebe des verarbeitenden Gewerbes im Jahre 1980 Aufträge in Höhe von 16,7 Mrd. DM herein und erhöhten damit ihr Vorjahresergebnis um 12 % (1979: + 18 %). Inländische Käufer waren an dem Gesamt-

Auftragseingang und Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe¹ 1980

Wirtschaftliche Gliederung der fachlichen Betriebsteile	Auftragseingang						Auftragsbestand ²		
	1980			Veränderung gegenüber 1979			31. 12. 1980		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
	Mill. DM			%			Mill. DM		
Grundstoffe und Produktionsgüter	3 910	3 097	813	+ 6,6	+ 7,0	+ 5,5	250	165	85
darunter									
Steine und Erden	788	776	12	+ 1,3	+ 2,2	- 34,0	42	41	1
Chemie	2 317	1 716	601	+ 10,4	+ 11,4	+ 7,7	102	51	51
Papier- und Pappeherzeugung	331	228	103	+ 2,5	- 0,4	+ 9,3	35		
Investitionsgüter	9 335	5 796	3 539	+ 16,9	+ 10,6	+ 28,9	6 773	4 093	2 681
darunter									
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen)	3 298	1 735	1 563	+ 3,5	- 4,2	+ 13,6	1 472	610	862
Schiffbau	2 001	959	1 043	+ 22,2	- 3,9	+ 62,8	2 353	937	1 415
Elektrotechnik	1 361	930	432	+ 2,6	+ 0,1	+ 8,5	594	468	126
Verbrauchsgüter	3 495	3 228	267	+ 6,7	+ 6,9	+ 4,7	244	212	33
darunter									
Papier- und Pappeverarbeitung	571	534	37	+ 7,4	+ 6,2	+ 28,9	39	35	4
Druckerei und Vervielfältigung	1 364	1 350	14	+ 8,5	+ 8,9	- 18,8			
Kunststoffverarbeitung	546	458	88	+ 10,1	+ 11,7	+ 2,5	68	58	9
Textilherstellung	319	256	63	- 12,1	- 14,7	+ 0,3	52	44	8
Bekleidung							27	25	3
Insgesamt	16 740	12 121	4 619	+ 12,2	+ 8,7	+ 22,5	7 267	4 469	2 798

1) Zur Abgrenzung des Erhebungsumfanges siehe Seite 136

2) ohne Druckerei und Vervielfältigung

ergebnis mit 12,1 Mrd. DM oder 72 % beteiligt. Aus dem Ausland gingen lediglich Aufträge in Höhe von 4,6 Mrd. DM ein. Die Zuwachsrate der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr lag allerdings im Auslandsgeschäft mit 23 % wesentlich höher als im Inlandsgeschäft (+ 9 %), was vor allem auf die Entwicklung im Investitionsgüterbereich zurückzuführen ist. In diesem für Schleswig-Holstein bedeutendsten Sektor innerhalb des verarbeitenden Gewerbes gingen 1980 Aufträge aus dem Ausland in Höhe von 3,5 Mrd. DM ein, das sind 29 % mehr als 1979. Zu dieser Entwicklung hat in erster Linie der Schiffbau (+ 63 %) beigetragen. Die Bestellungen aus dem Inland lagen mit 5,8 Mrd. DM ebenfalls deutlich über dem Stand des Vorjahres (+ 11 %).

Auch unter Berücksichtigung der in den Veränderungen der Auftragswerte enthaltenen Preissteigerungen von 5 %⁴ zeigt der Verlauf der Ordereingänge im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe eine insgesamt positive Nachfrageentwicklung.

4) Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 1976 = 100, Investitionsgüter produzierendes Gewerbe

Daß die durchschnittliche Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe deutlich unter der des Investitionsgüterbereichs lag, ist auf die relativ niedrigen Zuwachsraten im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe zurückzuführen. Beide Bereiche konnten mit einem Wertzuwachs von 7 % das Vorjahresergebnis insgesamt nur wenig verbessern. Die 1980 insgesamt hereingenommenen Aufträge von 3,9 Mrd. DM bei den Grundstoffe und Produktionsgüter herstellenden Betrieben sowie 3,5 Mrd. DM bei den Betrieben des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes gingen zu 79 % bzw. 92 % auf inländische Käufer zurück.

Vierteljahresergebnisse mit unterschiedlichen Struktur- und Saisonschwankungen

Auch der Verlauf der Auftragseingänge in den einzelnen Quartalen des Jahres 1980 zeigt ein insgesamt befriedigendes Bild der Ordertätigkeit in Schleswig-Holstein. Diese Feststellung gilt in gleicher Weise, wenn man die Auftragsentwicklung im 1. Quartal 1981, gemessen am entsprechenden Ergebnis des Vorjahres,

Vierteljahresergebnisse des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe¹

Wirtschaftshauptgruppe	1980				1981					1981
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
	Mill. DM				Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %					
Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3 951	4 198	3 778	4 816	4 499	+ 17,7	+ 13,0	+ 3,8	+ 14,2	+ 13,9
Inland	2 893	2 821	2 948	3 460	3 031	+ 12,9	+ 1,0	+ 7,5	+ 13,1	+ 4,8
Ausland	1 058	1 376	830	1 356	1 468	+ 33,3	+ 49,1	- 7,5	+ 17,0	+ 38,8
Grundstoffe und Produktionsgüter	905	1 093	1 017	895	1 066	+ 26,7	+ 16,6	+ 1,0	- 11,1	+ 17,8
Inland	717	858	821	701	731	+ 33,4	+ 14,4	+ 1,6	- 12,4	+ 2,0
Ausland	188	236	196	194	335	+ 6,2	+ 25,5	- 1,3	- 6,2	+ 78,2
Investitionsgüter	2 153	2 259	1 938	2 987	2 528	+ 17,3	+ 15,3	+ 5,0	+ 27,1	+ 17,4
Inland	1 355	1 186	1 364	1 892	1 474	+ 5,8	- 7,6	+ 13,0	+ 28,6	+ 8,8
Ausland	798	1 073	574	1 095	1 054	+ 43,7	+ 58,9	- 10,0	+ 24,6	+ 32,1
Verbrauchsgüter	893	845	823	934	906	+ 10,7	+ 3,2	+ 4,4	+ 8,4	+ 1,5
Inland	821	778	763	867	826	+ 10,2	+ 2,4	+ 4,9	+ 9,9	+ 0,6
Ausland	72	68	60	67	80	+ 17,8	+ 13,0	- 1,5	- 7,8	+ 11,1

1) Zur Abgrenzung des Erhebungsumfanges siehe Seite 136

in die Betrachtung einbezieht. Die Veränderungsdaten in diesem Zeitraum machen allerdings deutlich, daß in allen Hauptgruppen das Auslandsgeschäft für die positive Gesamtentwicklung bestimmend war, während die Inlandsnachfrage lediglich im Investitionsgüterbereich einen positiven Verlauf (+ 9 %) herbeiführte. Im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes zeigte sich die Abschwächung der inländischen Orderaktivität bereits im 3. und 4. Quartal 1980, in denen die Veränderungsdaten gegenüber den entsprechenden Vorjahresvierteljahren bei + 2 % und - 12 % lagen. Maßgebend für diese Entwicklung dürfte die rückläufige Baukonjunktur gewesen sein, die sich auf die bauabhängigen Branchen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ausgewirkt hat.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe konnte im Vorjahresvergleich in allen Quartalen eine positive Zuwachsraten der Auftragseingänge insgesamt erzielen. Allerdings zeigt sowohl die Entwicklung der Inlands- als auch die der Auslandsaufträge im Jahresverlauf starke Schwankungen, die mit der besonderen Branchenstruktur dieses Bereichs in Schleswig-Holstein zusammenhängen dürften. Unregelmäßig eingehende Aufträge im Schiffbau sowie einzelne Großaufträge im Schiffbau wie auch im Maschinenbau prägen hier das In- und Auslandsgeschäft.

Für den insgesamt günstigen Verlauf der Nachfrage nach Investitionsgütern 1980 und Anfang 1981 war

sicherlich die Tatsache mitbestimmend, daß die von der Energiekrise betroffene Automobilindustrie in Schleswig-Holstein nur mit einzelnen Zulieferbetrieben ansässig ist und somit keinen negativen Entwicklungstrend herbeiführen konnte.

Die Gesamtentwicklung im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe war (wie bereits in den vorhergehenden beiden Jahren) auch 1980 durch eine saisonale Auftragsspitze im 4. Quartal gekennzeichnet. Die verringerten Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr lassen jedoch bereits vom 2. Quartal 1980 an eine deutlich abgeschwächte Bestelltätigkeit erkennen.

Wichtige Wirtschaftsgruppen mit unterdurchschnittlichem Jahresergebnis

Eine über die Betrachtung der drei Wirtschaftshauptbereiche hinausgehende Untersuchung einzelner für Schleswig-Holstein wichtiger Wirtschaftsgruppen zeigt, daß deren Veränderungsdaten insgesamt 1980 gegenüber 1979 — mit Ausnahme des bereits genannten Schiffbaus — mehr oder weniger weit unter der durchschnittlichen Zuwachsraten des verarbeitenden Gewerbes lagen. Insofern wird der Wert des insgesamt recht positiv erscheinenden Gesamtergebnisses geschmälert (vergleiche hierzu Tabelle auf Seite 139).

Ein relativ günstiges Gesamtergebnis konnte im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes noch die chemische Industrie erzielen, die mit einem Gesamtanstieg der Auftragseingänge um 10 % zwar nicht die Zuwachsrate des Vorjahres erreichte; der Ausbau der Großchemie in Brunsbüttel hat in diesem Sektor zu Sondereinflüssen geführt.

Die 1980 einsetzende Abschwächung der Baukonjunktur dürfte die Auftragsentwicklung in den Betrieben der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden bestimmt haben. Hier stiegen die Auftragseingänge nur noch um 1 % gegenüber 1979 an.

Die Betriebe der Papier- und Pappeerzeugung konnten den Wert der 1979 aus dem Inland eingegangenen Aufträge 1980 nur knapp halten, erreichten dafür aber bei den Ordereingängen aus dem Ausland einen Zuwachs von 9 %.

Die in Schleswig-Holstein bedeutendste Gruppe des verarbeitenden Gewerbes, der Maschinenbau, lag mit einem Auftragswert von insgesamt 3,3 Mrd. DM nur 4 % über dem Vorjahresniveau. Dabei gingen positive Impulse lediglich vom Auslandsgeschäft aus, das einen Auftragszuwachs von 14 % gegenüber 1979 verzeichnen konnte. Die Bestelleingänge aus dem Inland reduzierten sich dagegen um 4 % und deuten auf eine nachlassende Investitionsneigung dieses Absatzbereichs hin. Ein ähnlicher Trend zeichnet sich in der Elektrotechnik ab, wo einem Zuwachs der Bestelleingänge aus dem Ausland um 9 % ein im Vergleich zum Vorjahr unverändertes Niveau der Inlandsaufträge gegenüberstand.

Auch im Schiffbau war 1980 eine Abschwächung der inländischen Bestelltätigkeit (- 4 %) zu beobachten, während aus dem Ausland 63 % mehr Aufträge eingingen als im Vorjahr und damit das 1979 bereits hohe Niveau der ausländischen Ordereingänge noch verbessert werden konnte. Das gesamte Auftragseingangsniveau im Schiffbau stieg durch diesen positiven Verlauf im Auslandsgeschäft von 1,6 Mrd. DM 1979 auf 2,0 Mrd. DM 1980 (+ 22 %) an und trug damit entscheidend zu dem günstigen Gesamtergebnis des verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein bei.

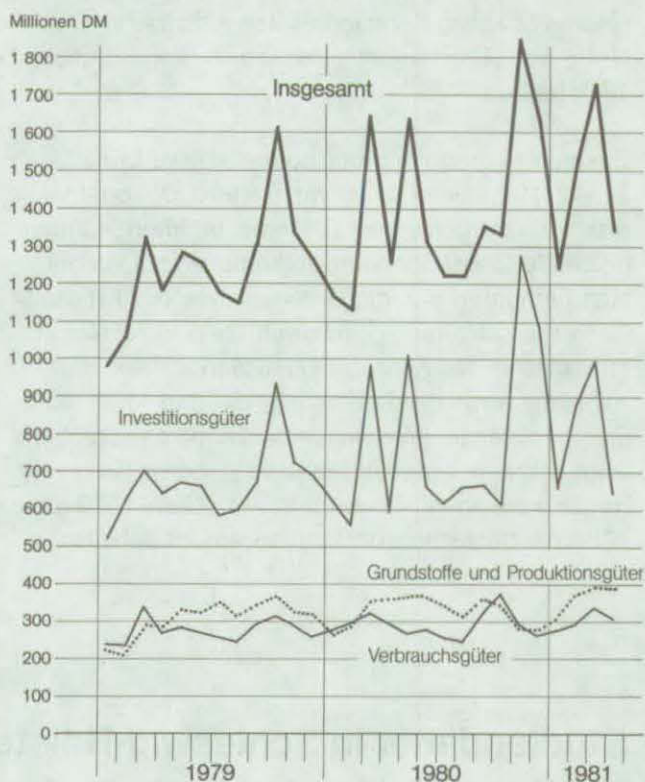
Die im Bereich des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes größte Wirtschaftsgruppe Druckerei und Vervielfältigung konnte das Auftragseingangsniveau des Vorjahres um insgesamt 9 % verbessern. Die Belegung der fast nur aus dem Inland vorliegenden Nachfrage entsprach annähernd der des Vorjahres und läßt einen kontinuierlichen Entwicklungstrend dieser Bran-

che erwarten. Mit 10 % höheren Ordereingängen als 1979 erreichten die Betriebe der Kunststoffverarbeitung die höchste Zuwachsrate im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe; dabei stand das Inlandsgeschäft mit + 12 % im Vordergrund der Entwicklung.

Die stärksten Auftragseinbußen von allen in die Betrachtung einbezogenen Gruppen des verarbeitenden Gewerbes mußten die Betriebe der Textilherstellung hinnehmen (- 12 %). Obwohl dieser Wirtschaftsgruppe in Schleswig-Holstein keine große Bedeutung zukommt, kennzeichnet ihre Entwicklung die auch auf Bundesebene erkennbare Abschwächung der Inlandsnachfrage nach Verbrauchsgütern.

D 5199

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe



Auftragsbestand im Schiffbau deutlich gewachsen

Die für fachliche Betriebsteile des verarbeitenden Gewerbes am 31. 12. 1980 erhobenen Auftragsbestände in Höhe von 7,3 Mrd. DM lassen auf eine insgesamt zufriedenstellende Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten schließen. Gegenüber dem Jahresende 1979 erhöhten sich die Auftragsreserven nominal um 20 %; an der günstigen Gesamtentwicklung waren das Inlandsgeschäft mit einem Zuwachs

von 12 % und das Auslandsgeschäft mit einem Anstieg von 35 % beteiligt. Die 1980 vom Ausland ausgehenden Nachfrageimpulse fanden somit auch ihren Niederschlag in der Höhe der Auftragsbestände.

Im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes waren die Auftragsreserven, wie schon im Vorjahr, am 31. 12. 1980 etwas niedriger als die im Dezember eingegangenen Aufträge, was damit zusammenhängt, daß in diesem Bereich überwiegend auf Lager und weniger auf Bestellung produziert wird. Sowohl bei den Betrieben der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden als auch bei denen der Papier- und Pappeerzeugung lag das Auftragsbestandsniveau Ende Dezember 1980 auf annähernd gleicher Höhe wie am 31. 12. 1979. Lediglich in der chemischen Industrie wurden im Vergleich zum Vorjahr Orderreserven aus dem Inland abgebaut, was wesentlich zu einem Rückgang der unerledigten Aufträge im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich von insgesamt 12 % beitrug.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe hatte am 31. 12. 1980 einen Anteil von 6,8 Mrd. DM oder 93 % aller im verarbeitenden Gewerbe erfaßten Auftragsbestände. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand erhöhten sich die Orderreserven um insgesamt 22 %. Die Zahlen spiegeln sowohl die positive Gesamtentwicklung des Auftragseingangs in diesem Bereich wider als auch die Bedeutung, die den Investitionsgütern mit langer Produktionsdauer und entsprechend langfristig angelegten Auftragsbeständen in Schleswig-Holstein zukommt. So wurden wie schon 1979 auch 1980 die höchsten Auftragsreserven im Schiffbau er-

reicht; sie lagen mit 2,4 Mrd. DM noch um 33 % über dem entsprechenden Vorjahresstand und waren fast doppelt so hoch wie der 1980 erzielte Jahresumsatz. Verwendet man den Umsatz 1980 als behelfsmäßigen Maßstab zur Messung der betrieblichen Kapazitäten, so ergibt sich im Schiffbau ein Schätzwert für die Reichweite des Auftragsbestandes von fast zwei Jahren. Im Maschinenbau wurde das Niveau der Orderreserven vom 31. 12. 1979 um 4 % unterschritten; mit 1,5 Mrd. DM machten die Auftragsbestände Ende Dezember 1980 allerdings immer noch 46 % des gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderten Jahresumsatzes dieser Wirtschaftsgruppe aus und lassen eine Reichweite von fast einem halben Jahr erwarten.

Eine leicht rückläufige Entwicklung der Auftragsbestände war auch bei den Betrieben der Elektrotechnik zu verzeichnen (- 6 %). Bei im Jahresdurchschnitt gestiegenen Umsätzen reduzierte sich der Anteil der Auftragsreserven am Jahresumsatz dieser Wirtschaftsgruppe von 57 % Ende Dezember 1979 auf 45 % am 31. 12. 1980.

Die unerledigten Bestellungen im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe lagen Ende Dezember 1980 15 % über dem entsprechenden Stand des Vorjahres, was auf die Auftragsreserven bei den Betrieben der Herstellung von Kunststoffwaren und des Textilgewerbes zurückzuführen war. Die Auftragsbestände im Bekleidungs Gewerbe, die jeweils durch die Auftragschübe im Frühjahr und Herbst anfallen, blieben unverändert auf dem Niveau des Vorjahres.

Jutta Neumann

Studiendauer in Schleswig-Holstein 1980

Der durchschnittliche Zeitaufwand für ein erfolgreiches Hochschulstudium, die Studiendauer, wird hier auf der Grundlage der Daten aus der Befragung der Prüfungskandidaten abgeleitet, die nach dem Hochschulstatistikgesetz jedes Semester durchgeführt werden muß. Die Studiendauer kann mit Hilfe der Fachsemester oder Hochschulsemeister errechnet werden, die der Student bis zum glücklichen Erfolg in der Abschlußprüfung aufgewendet hat. Dabei ist der Zeitraum des Examens mitzuzählen, was immer dann Schwierigkeiten bereitet, wenn sich die Prüfung über mehr als ein Semester hinzieht. Unter Fachseme-

ster sind die Semester zu verstehen, die der Student im Hinblick auf die anstehende Prüfung in seinem Studiengang studiert hat. War der Student vorher in einem anderen Studiengang immatrikuliert, so werden dort verbrachte Semester nur mitgezählt, wenn sie angerechnet werden. Das gilt auch für Studienzeiten im Ausland. Die Frage der Anrechenbarkeit von Fachsemestern ist nicht unproblematisch und wird an den Hochschulen oft unterschiedlich gehandhabt. Das muß bei einer vergleichenden Interpretation berücksichtigt werden. Die Urlaubsemester werden bei den Fachsemestern nicht mitgezählt. Zu den Hochschulseme-

stern zählen alle Semester — auch Urlaubssemester — die, unabhängig vom angestrebten Studienziel, im Hochschulbereich verbracht worden sind, allerdings nur an Hochschulen im Bundesgebiet. Ein Wechsel des Studienganges oder der Hochschulart sowie die Aufnahme eines zweiten Studiums führen also dazu, daß der Student mehr Hochschul- als Fachsemester aufweist. Im vorliegenden Aufsatz wird die durchschnittliche Studiendauer der Absolventen sowohl auf der Basis der Fachsemester als auch der Hochschulsemester berechnet. Die vorliegende Auswertung bezieht sich auf die Befragung der Prüfungskandidaten des Wintersemesters 1979/80 und des Sommersemesters 1980. Die Ergebnisse dieser Semester sind zum Prüfungsjahr 1980 zusammengefaßt worden.

1980 nahmen in Schleswig-Holstein 3 425 Studenten an einer Abschlußprüfung teil, die 3 214 Kandidaten (94 %) auch bestanden. Von den erfolgreichen Prüfungsteilnehmern hatten die meisten — hinsichtlich der Prüfungsart — den Abschluß an einer Fachhochschule erreicht. Einschließlich der Verwaltungsfachhochschule Altenholz beendeten 992 Studenten mit Erfolg das Fachhochschulstudium. Die Hochschulausbildung zum Lehrerberuf schlossen 855 Kandidaten mit dem Bestehen des ersten Staatsexamens ab. Außer den zukünftigen Lehrern bestanden auch 568 Studenten in anderen Studiengängen ein Staatsexamen. Das Diplom an einer wissenschaftlichen Hochschule erwarben 440 Studenten, während 275 Absolventen die Doktorwürde erlangten. Die übrigen

erfolgreichen Prüfungsteilnehmer legten die kirchliche Abschlußprüfung (40 Studenten), eine Musikprüfung (28) oder die Magisterprüfung (16) ab.

Bis zum erfreulichen Erleben der eigenen Examensleistung benötigten die Studenten durchschnittlich 11,2 Hochschulsemester oder 10,2 Fachsemester. Nur bei der in Hochschulsemestern gemessenen Studiendauer ist im Landesdurchschnitt ein geschlechtsspezifischer Unterschied festzustellen. Danach benötigten Frauen mit durchschnittlich 10,8 Hochschulsemestern etwas weniger Zeit für ein erfolgreiches Hochschulstudium als ihre männlichen Kommilitonen, die im Schnitt 11,4 Hochschulsemester studierten. Doch das ist nur eine sehr grobe Einschätzung des Studienverhaltens. Schon bei der Darstellung der durchschnittlichen Studiendauer je Hochschule sind Abweichungen zu beobachten.

Die Übersicht zeigt, daß an der Medizinischen Hochschule Lübeck am längsten, an den Fachhochschulen am kürzesten studiert wurde. Die durchschnittliche Studiendauer an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz ist aufgrund der besonderen Studienbedingungen für den Beamtennachwuchs nicht vergleichbar. Lediglich in Wedel benötigten die Fachhochschulstudenten für ihre Ausbildung zum Ingenieur überdurchschnittlich viele Hochschulsemester. Auffallend für das Studium an dieser privaten Hochschule ist weiterhin die große Differenz von 2,6 Semestern zwischen durchschnittlich abgelegten Hochschul- und

Absolventen mit bestandener Abschlußprüfung 1980 nach Hochschule und Studiendauer

Hochschule	Absolventen			Durchschnittliche Studiendauer in					
				Hochschulsemestern			Fachsemestern		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Universität Kiel	1 483	949	534	13,6	14,0	13,0	12,6	13,0	12,2
Medizinische Hochschule Lübeck	110	76	34	14,2	14,2	14,2	13,0	13,0	13,0
Pädagogische Hochschule Flensburg	131	54	77	8,8	9,2	8,6	8,2	8,2	8,2
Pädagogische Hochschule Kiel	414	124	290	10,6	11,8	10,0	9,4	9,8	9,4
Musikhochschule Lübeck	35	14	21	11,4	13,0	10,2	9,2	9,6	8,8
Fachhochschule Flensburg	68	66	2	7,2	7,2	7,6	6,4	6,4	7,6
Fachhochschule Kiel	508	343	165	7,8	8,0	7,8	7,2	7,0	7,2
Fachhochschule Lübeck	266	248	18	8,2	8,2	8,2	7,0	7,0	7,0
Fachhochschule Wedel	35	25	10	9,8	10,2	8,8	7,2	7,2	7,4
Verwaltungsfachhochschule Altenholz	115	74	41	6,2	6,4	6,0	6,2	6,2	6,0
Ohne Angabe der Hochschule	49	34	15
Alle Hochschulen	3 214	2 007	1 207	11,2	11,4	10,8	10,2	10,2	10,2

Fachsemestern, die nur noch an der Musikhochschule Lübeck ähnlich hoch ist. Das kann, wie bereits erwähnt, durch ein besonderes Anrechnungsverfahren der Fachsemester in Wedel begründet sein. Die Diskrepanz von 2,2 Semestern an der Musikhochschule deutet dagegen mehr auf die Besonderheiten des Musikstudiums hin, das sich nicht in so geregelten Bahnen vollzieht wie ein anderes Studium. Ähnliches läßt sich für das Kunststudium an der Fachhochschule Kiel, Fachbereich Gestaltung, feststellen. Dort studierten im Durchschnitt die Studenten 11,2 Hochschul- und 9,6 Fachsemester. Unter den Studiengängen an Fachhochschulen hebt sich noch mit 10,0 Hochschul- und 9,6 Fachsemestern der überproportional hohe Zeitaufwand der angehenden Architekten in Kiel heraus. Ansonsten wird die Studiendauer für die einzelnen Studiengänge an Fachhochschulen ziemlich treffend durch die mittleren Semesterangaben je Fachhochschule wiedergegeben.

Die durchschnittliche Studiendauer für die wissenschaftliche Ausbildung zum Lehrer ist an den Hochschulen und für die verschiedenen Lehramtsarten unterschiedlich. Die kürzeste mittlere Studienzeit benötigen die zukünftigen Grund- und Hauptschullehrer, wobei die durchschnittlich verbrachten Semester an der Pädagogischen Hochschule Flensburg deutlich unter den Werten für die Pädagogische Hochschule Kiel liegen. Es zeigt sich sogar, daß 1980 die Hochschulausbildung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen in Kiel im Durchschnitt etwas länger dauerte als das Studium für das Lehramt an Realschulen in

Flensburg. An der Kieler Pädagogischen Hochschule belief sich die mittlere Studiendauer für den Lehrernachwuchs an Realschulen auf 10,6 Hochschul- und 9,4 Fachsemester. Auch die Christian-Albrechts-Universität bildet Realschullehrer aus. Vielleicht nutzen dort die Studenten das reichliche Studienangebot in einigen Fällen für ein fächerübergreifendes Studium, was u. a. die deutlich höheren Studienzeiten für diesen Studiengang an der Universität erklären würde. Nur noch die Studenten, die das Lehramt an Gymnasien anstrebten, waren länger immatrikuliert. Das Hauptstudium für die angehenden Sonderschullehrer ist nur an der Pädagogischen Hochschule Kiel möglich. Gemessen in Fachsemestern entspricht die mittlere Studiendauer in diesem Studiengang der Studienzzeit für das Lehramt an Realschulen in Kiel. Die Tabelle zeigt auch, daß — gemessen in Hochschulsemestern — in keinem Studiengang die Frauen länger als die Männer studierten. Lediglich für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen in Flensburg benötigten die Frauen durchschnittlich mehr Fachsemester als ihre männlichen Kommilitonen.

Die Vielfalt des Lehrangebots an der Christian-Albrechts-Universität verlangt eine weitergehende Darstellung der Studiendauer. Im vorhergehenden Abschnitt ist bereits erwähnt worden, daß die wissenschaftliche Ausbildung zum Lehramt an Gymnasien einen Zeitaufwand verlangte, der über der Studiendauer des Universitätsstudiums in Kiel von durchschnittlich 13,6 Hochschul- und 12,6 Fachsemestern liegt. Dagegen beendeten die zukünftigen Realschul-

Absolventen¹ mit bestandener Lehramtsprüfung 1980 nach Hochschule, Art der Lehramtsprüfung und Studiendauer

Hochschule/Art der Lehramtsprüfung	Absolventen			Durchschnittliche Studiendauer in					
				Hochschulsemestern			Fachsemestern		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Universität Kiel									
Lehramt an Realschulen	85	26	59	12,4	13,4	12,0	11,8	12,4	11,6
Lehramt an Gymnasien	240	118	122	14,0	14,2	13,8	13,4	13,6	13,2
Pädagogische Hochschule Flensburg									
Lehramt an Grund- und Hauptschulen	62	15	47	8,2	8,8	8,2	8,0	7,6	8,2
Lehramt an Realschulen	68	38	30	9,2	9,2	9,2	8,4	8,4	8,4
Pädagogische Hochschule Kiel									
Lehramt an Grund- und Hauptschulen	73	18	55	9,8	11,8	9,0	8,6	9,2	8,4
Lehramt an Realschulen	161	64	97	10,6	11,4	10,2	9,4	9,6	9,4
Lehramt an Sonderschulen	144	28	116	10,0	11,0	9,8	9,4	9,4	9,4

1) ohne die Absolventen der Musikhochschule Lübeck

lehrer ihr Studium in einer kürzeren Zeit. Neben diesen beiden Lehramtsprüfungen können die Studenten an der Christian-Albrechts-Universität die Hochschulbildung mit fünf weiteren Prüfungsarten abschließen, für die sich unterschiedliche Studienzeiten errechnen lassen. Dabei ist die mittlere Studiendauer für Promotionen nur mit Vorbehalten zu interpretieren, da ihre zeitliche Abgrenzung in vielen Fällen ungenau ist und vor allem unterschiedlich gehandhabt wird. Für den Hochschulabschluß eines Magisters wird — gemessen in Hochschulsemestern — am längsten studiert. Die große Differenz zu den durchschnittlichen Fachsemestern kann als Indiz für Wechsel im Studiengang angesehen werden, doch setzt andererseits die geringe Zahl von Absolventen dem Statistiker enge Grenzen einer Interpretation. Das ist bei den Diplom- und Staatsprüfungen (ohne Lehramtsprüfungen) anders. Für die zuletzt genannte Prüfungsart ergibt sich eine mittlere Studiendauer, die etwa der durchschnittlichen Studienzzeit an der Kieler Universität entspricht. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede innerhalb der Fächergruppen, in denen ein Staatsexamen abgelegt werden kann. Die Fächergruppen sind an der Christian-Albrechts-Universität mit den Fakultäten vergleichbar. Nach den vorliegenden Ergebnissen studierten die Medizinstudenten am längsten, und zwar

sowohl in Fachsemestern als auch — abgesehen von den Absolventen mit abgelegter Magisterprüfung — in Hochschulsemestern gemessen. Eine differenzierte Darstellung zeigt, daß das Studium der Humanmedizin wiederum länger dauerte als das der Zahnmedizin, und zwar durchschnittlich um gut 2,5 Semester. Daß viele Medizinstudenten zuerst in einem anderen Studiengang auf einen Studienplatz gewartet haben, kann aus der Differenz von 1,6 Semestern zwischen der unterschiedlich definierten Studiendauer abgeleitet werden. Bei den Staatsexaminierten ist weiterhin die relativ kurze Studiendauer in den Naturwissenschaften von nur 9,6 Hochschul- und 8,6 Fachsemestern auffällig. Es handelt sich hier ausschließlich um Absolventen des Pharmaziestudiums. Kürzer als im Schnitt der Hochschule studierten auch die zukünftigen Juristen. Das gilt ebenfalls für das Studium, das mit der Diplomprüfung endet, wenn auch die Abweichung gering ist. Für die einzelnen Fächergruppen lassen sich wiederum Unterschiede aufzeigen. In den Agrarwissenschaften waren die Studenten bereits nach durchschnittlich 10,8 Hochschulsemestern und 10,4 Fachsemestern diplomiert, während die Absolventen der Geisteswissenschaften 15,2 Hochschulsemester und 13,0 Fachsemester benötigten. Bei den Geisteswissenschaften waren es vor allem die Psychologiestudenten,

Absolventen der Christian-Albrechts-Universität mit bestandener Abschlußprüfung nach Prüfungsart, Fächergruppe und Studiendauer

Prüfungsart/Fächergruppe	Absolventen			Durchschnittliche Studiendauer in					
	Insgesamt	weiblich		Hochschulsemestern			Fachsemestern		
		männlich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
Diplom	404	263	141	13,0	13,6	12,2	12,4	12,8	11,6
davon in									
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	56	41	15	13,0	13,0	13,0	12,4	12,4	12,6
Philosophie (Geisteswissenschaften)	43	25	18	15,2	15,2	15,2	13,0	13,2	12,8
Mathematik, Naturwissenschaften	153	123	30	14,8	15,0	14,0	14,0	14,2	13,4
Agrarwissenschaften	152	74	78	10,8	10,8	10,8	10,4	10,2	10,4
Magister	16	8	8	16,6	16,8	16,6	13,0	12,8	13,2
Promotion	234	182	52	15,0	15,0	15,4	13,0	13,0	12,8
Kirchliche Prüfung	23	17	6	12,4	12,6	12,2	11,4	11,6	11,0
Staatsexamen									
(außer Lehramtsprüfungen)	481	335	146	13,4	14,0	12,6	12,6	12,8	11,8
davon in									
Medizin	208	158	50	15,8	16,0	15,0	14,4	14,6	13,8
Rechtswissenschaften	218	147	71	12,4	12,6	12,0	11,8	12,0	11,8
Mathematik, Naturwissenschaften	55	30	25	9,6	9,8	9,2	8,6	8,8	8,4
Lehramt an Realschulen	85	26	59	12,4	13,4	12,0	11,8	12,4	11,6
Lehramt an Gymnasien	240	118	122	14,0	14,2	13,8	13,4	13,6	13,2
Alle Prüfungsarten	1 483	949	534	13,6	14,0	13,0	12,6	13,0	12,2

die mit einer mittleren Studiendauer von 15,6 Hochschulsemestern und 13,2 Fachsemestern zu den überproportionalen Werten für diese Fächergruppe beitrugen. Die Diplompädagogen kamen mit 14,4 Hochschulsemestern und 12,8 Fachsemestern aus. Die hohe Diskrepanz zwischen den Semesterwerten in beiden Studiengängen lassen auch hier auf Wechsel des Studienfaches und/oder der angestrebten Abschlußprüfung schließen.

Überdurchschnittlich lang studierten bis zur Diplomprüfung auch die Studenten in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften. Nach Medizin (14,4) läßt sich für diese Fächergruppe die längste in Fachsemestern ausgedrückte Studiendauer (14,0)

feststellen. Da die Durchschnittswerte für die Hochschulsemester nur geringfügig höher sind, können die zeitaufwendigen Studiengänge in Chemie, Mathematik, Informatik und Physik nicht durch Studiengangwechsel erklärt werden. Das Diplom in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erhielten die Studenten nach 13,0 Hochschulsemestern und 12,4 Fachsemestern, womit das genau die Durchschnittswerte für alle diplomierten Absolventen sind.

Friedrich-Karl Wormeck

Vergleiche auch: „Wie lange studieren die Studenten in Schleswig-Holstein“ in dieser Zeitschrift, Heft 9/1979, S. 188

Kurzberichte

Wie groß sind die Schleswig-Holsteiner?

Der jährliche Mikrozensus — die 1%-Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens — ist mit einem flexiblen Erhebungsprogramm ausgestattet, das es erlaubt, zu vorgegebenen Merkmalskomplexen die einzelnen Fragen zu verändern. Im Rahmen der alle zwei Jahre gestellten Fragen zur Gesundheit ist im Frühjahr 1978 auch nach der Körpergröße und dem Körpergewicht der Bevölkerung gefragt worden, Fragen, die im Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik sicherlich nicht obenan stehen, deren Beantwortung jedoch interessante und auch nützliche Informationen bringt.

Alle Personen der etwa 10 000 repräsentativen Haushalte sollten das Gewicht und die Größe ihres unbedeckten Körpers angeben. Da Größe und Gewicht nur der ausgewachsenen Menschen von allgemeinem Interesse ist, beschränkt sich die folgende Darstellung auf die Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren.

Im Durchschnitt mißt danach der Schleswig-Holsteiner 1,76 m und die Schleswig-Holsteinerin 1,65 m.

Im einzelnen zeigten sich folgende Ergebnisse:

Körpergröße in m	Personen ab 15 Jahre in %	
	Männer	Frauen
unter 1,50	}	1
1,50 — 1,59		16
1,60 — 1,69	15	57
1,70 — 1,79	48	22
1,80 — 1,89	27	}
1,90 und mehr	3	
ohne Angabe	6	3
Insgesamt	100	100

Fast jeder zweite Mann ist zwischen 1,70 und 1,79 m groß, immerhin noch gut jeder vierte zwischen 1,80 und 1,89 m lang. Nur jeder Hundertste hatte angegeben, keine 1,60 m groß zu sein. Angesichts des nicht unerheblichen Anteils von 6 % Fällen „ohne Angabe“ ist jedoch zu vermuten, daß die sehr Kleinen in Wirklichkeit doch zahlreicher sind, da sie sicherlich

weniger gern ihre Körpergröße nennen mögen als andere.

Das dürfte tendenziell auch für die Frauen gelten, hier aber zusätzlich auch für die Gruppe der über 1,80 m Großen; denn zu groß zu sein erscheint vielen Frauen eher ein Makel als Männern. Ansonsten entspricht die Größenverteilung der Frauen in etwa der der Männer, allerdings entsprechend ihrer geringeren Durchschnittsgröße auf einem um 10 cm niedrigeren Niveau.

Bei einer Gegenüberstellung der Merkmale Körpergröße und Alter bestätigt sich eine alltägliche Beobachtung: Jüngere sind im Durchschnitt größer als Ältere.

Körpergröße in m	Männer im Alter von ... Jahren in %				
	15-19	20-29	30-49	50-59	60 u. mehr
unter 1,60	3	0	0	1	2
1,60 – 1,69	12	5	11	19	31
1,70 – 1,79	40	38	51	57	50
1,80 – 1,89	29	38	31	19	12
1,90 und mehr ohne Angabe	6	6	3	1	0
	10	13	5	3	4
Zusammen	100	100	100	100	100
Durchschnitts- größe in m	1,77	1,79	1,77	1,74	1,72

Aufgrund der Mikrozensusergebnisse errechnet sich für die 20- bis 29jährigen Männer eine Durchschnittsgröße von 1,79 m, für die 30- bis 39jährigen von 1,77 m, für die 50- bis 59jährigen von 1,74 und die über 60jährigen von nur 1,72 m. Daß die 15- bis 19jährigen kleiner als die nächstfolgende Altersgruppe sind, liegt an den vielen in diesem Alter noch Wachsenden. Bei den 20- bis 29jährigen ist nicht mehr die 1,70er-Größenklasse am stärksten besetzt, sondern die 1,80er gleich stark. Unter 1,70 m mißt nur jeder Zwanzigste! Mit zunehmendem Alter verschieben sich die Gewichte: Unter den über 60jährigen ist jeder Dritte keine 1,70 m groß und nur jeder Achte 1,80 m und größer. Leider wird die Vergleichbarkeit durch viele „ohne Angabe“-Fälle gestört, die besonders bei den jüngeren Männern auftauchen. Wieweit diese Fälle die oben aufgezeigte Struktur ändern, kann nicht gesagt werden. Sicherlich können diese Antwortausfälle nicht überwiegend den kleinen Körpergrößen zugerechnet werden, sondern dürften eher Ausdruck von Auskunftsunwilligkeit und Gleichgültigkeit sein.

Auch bei den Frauen sinkt die Durchschnittsgröße mit zunehmendem Alter, wenn auch nicht so kraß.

Körpergröße in m	Frauen im Alter von ... Jahren in %				
	15-19	20-29	30-49	50-59	60 und mehr
unter 1,50	0	1	0	0	2
1,50 – 1,59	9	9	12	17	26
1,60 – 1,69	52	53	58	61	58
1,70 – 1,79	33	32	25	18	11
1,80 und mehr ohne Angabe	2	2	1	0	0
	4	4	3	4	3
Zusammen	100	100	100	100	100
Durchschnitts- größe in m	1,67	1,67	1,66	1,65	1,63

Zwischen Jungen und Alten besteht ein Größenunterschied von 4 cm, bei den Männern waren es immerhin 7 cm. Jüngere Frauen unter 1,60 m sind verhältnismäßig selten, während jede Dritte von ihnen mehr als 1,70 m mißt. In der Gruppe der über 60jährigen ist dagegen gut jede Vierte keine 1,60 m groß und nur knapp jede Achte größer als 1,70 m. Während bei den Männern die 15- bis 19jährigen deutlich kleiner als die 20- bis 29jährigen waren, gibt es bei den Frauen dieser Altersgruppen praktisch keinen Größenunterschied — ein Beleg für die These, daß Mädchen früher reifen als Jungen!

Bei einem Vergleich von Körpergröße und -gewicht bietet sich wegen der engen Abhängigkeit eine Darstellung des relativen Gewichts an. Hierbei empfiehlt sich die Verwendung des sogenannten Brocaindex, der das Normalgewicht eines Menschen als Ergebnis der Subtraktion Körpergröße in cm \cdot 100 definiert. Danach wäre das Normalgewicht eines 1,80 m großen Menschen also 80 kg. Um größere Abweichungen von diesem so ermittelten Normalgewicht kenntlich zu machen, sollen folgende zwei Klassen gebildet werden:

1. mindestens 10 % über Normalgewicht bei Männern und Frauen
2. mindestens 10 % unter Normalgewicht bei Männern und mindestens 15 % unter Normalgewicht bei Frauen

Angehörige der ersten Klasse ließen sich verallgemeinernd als Übergewichtige, Angehörige der zweiten Klasse als Untergewichtige bezeichnen. Daß eine derartige Einstufung nicht im Einzelfall anwendbar ist, sondern vielmehr nur schablonenhaft sein kann, weil sie alle individuellen Besonderheiten negiert, bedarf hier sicher keiner weiteren Ausführung.

Geschlecht	Körpergröße in m				zus.
	unter 1,60	1,60 - 1,69	1,70 - 1,79	1,80 - u. mehr	
Klassen des relativen Körpergewichts					
Männer ¹ in %	(100)	(100)	(100)	(100)	
untergewichtig	18	26	41	29	
normalgewichtig	48	48	41	45	
übergewichtig	35	26	18	25	
Frauen ¹ in %	(100)	(100)	(100)	(100)	
untergewichtig	13	30	48	31	
normalgewichtig	53	50	40	48	
übergewichtig	35	20	12	21	

1) ab 15 Jahre; ohne Fälle „ohne Angabe“

Knapp die Hälfte aller Männer und Frauen sind normalgewichtig, jede 5. Frau und jeder 4. Mann aber übergewichtig, es gibt m.a.W. relativ mehr dicke Männer als Frauen! In den einzelnen Größenklassen zeigen sich bei Männern und Frauen ähnliche Bilder. Bei den Kleinen (Frauen unter 1,60 m und Männer unter 1,70 m) ist der Anteil der Übergewichtigen mit jeweils gut einem Drittel überdurchschnittlich hoch, der der Untergewichtigen sehr niedrig. In der am stärksten besetzten Gruppe der 1,60 – 1,69 m großen Frauen und 1,70 – 1,79 m großen Männer bestehen verständlicherweise nur unerhebliche Abweichungen zu den jeweiligen Gesamtergebnissen. Bei den Großen, also den über 1,70 m großen Frauen und den über 1,80 m großen Männern, fällt der hohe Anteil der Untergewichtigen auf, bei den Frauen noch mehr als bei den Männern, während die Übergewichtigen hier eindeutig seltener sind.

Ein bedeutsamer gewichtsbestimmender Faktor ist offensichtlich auch das Alter. Mit zunehmendem Alter – wenigstens bis zum 60. Lebensjahr – steigt der

Geschlecht	Alter in Jahren			
	unter 30	30-44	45-59	60 u. mehr
Klassen des relativen Körpergewichts				
Männer ¹ in %				
untergewichtig	58	23	13	18
normalgewichtig	34	51	51	48
übergewichtig	8	27	36	34
Frauen ¹ in %				
untergewichtig	61	34	14	16
normalgewichtig	33	53	55	52
übergewichtig	6	14	31	32

1) ab 15 Jahre; ohne Fälle „ohne Angabe“

Anteil der Übergewichtigen zu Lasten der Untergewichtigen. Das gilt für alle Größenklassen und beide Geschlechter, ohne daß die oben genannte enge Abhängigkeit zwischen Körpergröße und durchschnittlichem relativen Gewicht („je kleiner desto dicker“) eingeschränkt würde. Diese gilt vielmehr für jede Altersklasse. Grob vereinfachend könnte man also sagen: „Je kleiner und älter desto dicker“ oder umgekehrt „je größer und jünger desto dünner“. Derartige pauschale Feststellungen berücksichtigen allerdings nicht, daß die über 60jährigen Männer in allen drei Größenklassen weniger Übergewichtige und mehr Untergewichtige aufweisen als die nächstjüngere Altersgruppe. Das Alter ist offensichtlich maßvoller! Es gibt ferner auch Unterschiede zwischen den Geschlechtern: insbesondere Frauen zwischen 30 und 45 Jahren sind viel seltener übergewichtigt als Männer und häufiger dem sehr schlanken Typus zuzurechnen. Frauen dieses Alters – und auch darüber hinaus – achten also offensichtlich mehr auf ihre Figur als Männer.

Jörg Rüdell

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 – 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Urlaubsreisen	1/2
Gemeinden und Ämter	2/35
Gesundheitswesen	
Erkrankungen an Gelbsucht	6+7/115
Bildung und Kultur	
Studenten im Wintersemester 1980/81	4/94
Wahlen	
Bundestagswahl 1980 (Teil 2)	2/26
Erwerbstätigkeit	
Arbeitsmarkt seit 1975 (Teil 2)	2/42
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Geflügelhaltung	1/14
Bodennutzung	5/98
Produzierendes Gewerbe	
Handwerksstatistik ab 1977	1/7
Bautätigkeit und Wohnungswesen	
Wohnungsstichprobe 1978	4/90
Handel und Gastgewerbe	
Handel und Gastgewerbe 1979	6+7/110
Löhne und Gehälter	
Arbeitskosten der Unternehmen	6+7/120
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1978	4/86
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1980 (Teil 1)	3/50
Schleswig-Holstein im Jahre 1980 (Teil 2)	4/74

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

33. Jahrgang . Heft 8 . August 1981

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
				April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 595	2 605	2 602	2 603	2 605	2 612	2 613
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 089	1 122	808	1 832	1 240	914	1 176
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,0	5,2	3,8	8,3	5,8	4,1	5,5
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 901	2 045	2 023	2 122	2 099	2 077	2 111
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,4	9,5	9,6	9,8	9,4	9,8
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 617	2 607	2 605	2 620	2 562	2 757	2 854
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,1	12,0	12,2	11,9	12,0	12,4	13,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	25	23	21	18	28	21	19
* je 1 000 Lebendgeborene		13,0	11,4	10,4	8,5	13,3	10,1	9,0
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 716	- 561	- 582	- 498	- 463	- 680	- 473
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,3	- 2,6	- 2,7	- 2,3	- 2,2	- 3,1	- 2,2
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 397	6 678	6 880	6 087	6 765	6 122	6 027
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 038	5 094	5 230	3 804	4 479	4 915	4 628
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 359	+ 1 584	+ 1 650	+ 2 283	+ 2 286	+ 1 207	+ 1 399
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 129	10 428	9 726	8 938	9 057	9 582	9 839
Wanderungsfälle	Anzahl	21 564	22 200	21 836	18 829	20 301	20 619	20 494
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		147	150	148	126	137	136	141
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	39	39	35	31	30	58	53	50	51
darunter *Männer	1 000	18	19	17	14	13	32	28	26	25
Kurzarbeiter	1 000	2,6	1,8	1,8	0,3	0,6	10,7	9,0	8,4	6,8
darunter Männer	1 000	1,9	1,1	0,6	0,2	0,3	8,4	6,7	6,1	4,7
Offene Stellen	1 000	12,2	11,8	14,9	14,6	13,8	11,1	10,4	10,4	9,6
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 552 ^a	1 553 ^a	.	.	1 597	.	.	.	1 582
darunter *Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	511 ^a	520 ^b	.	.	495	.	.	.	497
*Schweine	1 000	1 854 ^a	1 807 ^a	1 925	.	.	1 870	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	201 ^a	199 ^a	209	.	.	202	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	134 ^a	134 ^a	138	.	.	133	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	41	35	32	30	39	39	33	33
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	256 ^b	259 ^c	232	262	266	246	238	240	264
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5 ^b	4 ^c	3	2	3	4	3	2	2
*Schlachtsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,9	32,2	28,5	30,2	29,9	29,9	29,3	28,0	30,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,6	11,5	9,7	9,0	8,5	10,5	10,2	8,7	9,1
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	20,1	20,5	18,5	21,0	21,2	19,2	18,9	19,1	20,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	285	279	286	284	272	261	270	272
Kälber	kg	103	101	95	103	102	99	99	96	104
Schweine	kg	80	80	81	81	81	79	80	81	79
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	142	127	207	128	160	186	162	101	130
*für Legehennenküken										
*für Masthühnerküken	1 000	1 082	1 099	1 242	1 224	1 276	1 200	1 133	1 109	1 100
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	970	927	842	779	836	1 000	899	838	861
*Milcherzeugung	1 000 t	199	205	248	264	243	242	249	261	231
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	98	97	98	98	99	97	98	98	98
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,7	13,0	16,1	16,5	15,7	15,0	15,9	16,2	14,8

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1979/1980 = 6 c) Winterhalbjahr 1980/1981 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
				Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	183	183	183	183	180	180	180	180
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	128	130	130	129	130	127	126	126	127
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 853	19 117	19 580	18 773	18 748	19 216	18 816	18 007	18 072
*Löhne (brutto)	Mill. DM	281,3	308,4	288,9	298,1	308,2	280,2	291,8	307,4	323,4
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	163,0	180,5	169,1	175,4	188,9	174,1	172,6	194,0	202,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 244	1 395	1 249	1 641	1 308	1 730	1 337	1 298	1 527
darunter Ausland	Mill. DM	314	385	293	703	380	610	397	370	472
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 381	2 595	2 659	2 459	2 768	2 979	2 828	2 672	2 966
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	372	421	492	344	476	614	501	460	542
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	30	16	30	34	18	30	40	39
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	30,8	29,3	29,2	27,4	27,7	37,9	39,8	38,0	32,7
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	2,4	1,1	1,0	1,1	1,3	0,8	1,1	0,9	0,8
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	28,5	28,2	28,2	26,3	26,4	37,1	38,8	37,1	31,9
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	105	105	123	115	102	106	93	93	87
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	14	15	11	10	13	11	8	8
*schweres Heizöl	1 000 t	86	91	108	104	92	92	82	85	79
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	215	225	226	224	223	238	241	235	221
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	29	29	30	32	26	29	28
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Bauhauptgewerbe ⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	57 160	57 610	58 128	58 127	57 886	54 434	54 928	54 944	54 777
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 486	6 582	7 946	7 596	7 625	5 932	7 271	6 795	7 132
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 024	2 971	3 727	3 513	3 437	2 754	3 283	2 978	3 213
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 078	1 179	1 382	1 292	1 312	1 098	1 259	1 197	1 223
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 168	2 264	2 670	2 615	2 635	1 990	2 568	2 454	2 519
*Löhne (brutto)	Mill. DM	108,6	119,7	136,2	143,2	137,0	104,0	136,8	135,5	138,4
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	17,0	18,3	16,7	17,7	19,6	17,0	17,5	18,2	20,6
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	331,9	417,5	400,3	391,7	444,2	326,4	334,7	389,7	517,9
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	257,5	251,4	263,6	288,5	292,6	379,9	251,0	448,8 ^{a)}	219,2
Ausbaugewerbe										
Beschäftigte ⁸⁾	Anzahl	8 912	8 808	8 514	8 536	8 572	8 730	8 788	8 789	8 800
Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000	1 079	1 057	1 057	1 006	1 019	1 072	1 078	1 099	1 050
Löhne und Gehälter ⁸⁾	Mill. DM	18,3	19,5	18,6	19,0	19,8	18,9	19,5	20,4	21,9
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	50,4	55,9	48,4	45,7	52,7	53,9	50,3	55,3	63,7
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	674	710	646	663	663	1 256	1 016
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	767	788	764	708	656	885	777
*Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	5	4	4	3	2	5	4	2	2
Handwerk										
Handwerk (Mehrzahlen) ⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30. 9. 1976 ⁹⁾ 100	108,4	109,1	.	.	107,5	106,2
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. -D 1976 ⁹⁾ 100	121,9	135,0	.	.	131,3	106,0

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle ¹⁾ t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ ²⁾ 35,169 MJ/m³) ²⁾ 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht ²⁾ 1,46 t SKE, schwer ²⁾ 1,40 t SKE

5) 1 000 kWh Strom ²⁾ 0,123 t SKE 6) Ab März 1981 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) im ausbaugewerblichen Betriebsteil 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

a) Auftragseingang Mai 1981 durch Großaufträge beeinflusst.

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 056	903	1 082	1 131	1 006	1 094	755	777	...
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	910	743	904	957	824	892	565	547	...
*2 Wohnungen	Anzahl	101	113	130	130	132	151	141	155	...
*Räuminhalt	1 000 m ³	915	825	1 011	1 024	881	947	710	816	...
*Wohnfläche	1 000 m ²	155	141	168	170	151	163	124	138	...
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	176	172	167	201	119	134	174	...
*Räuminhalt	1 000 m ³	678	669	614	727	952	368	507	631	...
*Nutzfläche	1 000 m ²	117	114	105	124	149	72	83	109	...
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 607	1 580	2 065	1 869	1 663	1 785	1 455	1 602	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	467,2	511,4	529,1	515,6	645,4	705,6	968,8	545,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	79,4	97,7	102,0	97,6	88,6	166,9	183,7	115,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	387,9	413,7	427,1	418,1	556,8	538,7	785,1	430,7	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	10,8	10,4	9,4	10,8	12,4	12,9	12,7	11,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	42,6	61,6	83,2	60,9	67,4	82,2	107,2	70,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	334,4	341,7	334,5	346,4	477,1	443,5	665,3	348,9	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	33,8	39,3	36,2	41,3	40,0	53,1	56,6	49,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	300,6	302,3	298,2	305,0	437,0	390,4	608,7	299,7	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	210,8	236,4	255,8	248,5	241,8	305,7	383,8	271,4	...
darunter Frankreich	Mill. DM	39,5	52,4	70,7	48,7	52,1	55,2	61,3	44,4	...
Niederlande	Mill. DM	42,7	45,9	42,4	45,4	43,6	66,5	75,8	54,8	...
Dänemark	Mill. DM	46,7	51,2	45,1	55,4	54,4	74,3	94,2	56,9	...
Großbritannien	Mill. DM	41,2	39,2	42,7	41,7	42,0	41,6	80,7	55,4	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	211,6	221,7	215,5	218,7	211,1
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	174,0	184,9	167,9	214,7	235,5
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	238	248	208	314	398
darunter *von Auslands Gästen	1 000	21	20	19	22	27
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 826	1 896	1 144	1 773	3 298
darunter *von Auslands Gästen	1 000	46	44	41	54	60
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 249	1 205	1 113	1 254	1 381
Güterversand	1 000 t	496	498	468	466	556
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	200	202	238	182	180	175	176	205	...
*Güterversand	1 000 t	227	208	223	198	262	212	208	230	...
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	299	377	1 040	843	629	1 000	1 376
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	8 566	8 047	9 674	8 448	8 280	11 580	9 688
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	547	536	653	578	651	594	571
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 401	1 474	1 372	1 669	1 810	1 235	1 389	p 1 683	p 1 672
*Getötete Personen	Anzahl	44	44	52	42	50	32	47	p 54	p 45
*Verletzte Personen	Anzahl	1 828	1 909	1 754	2 167	2 336	1 616	1 794	p 2 170	p 2 138

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt ¹⁾		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	46 900	52 677	48 762	49 226	49 849	53 335	53 839	54 283	55 127
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	45 026	50 863	46 996	47 436	48 005	51 535	51 991	52 427	53 271
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 866	8 893	8 668	8 320	8 671	8 977	8 940	9 118	9 484
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 764	8 766	8 092	8 165	8 587	8 870	8 646	8 728	9 164
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	102	127	84	155	84	107	294	390	320
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 798	5 420	4 833	4 835	4 864	5 564	5 798	5 870	6 127
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 603	4 027	3 563	3 593	3 635	4 185	4 406	4 464	4 591
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 194	1 393	1 270	1 242	1 229	1 379	1 392	1 406	1 537
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 362	36 550	33 987	34 281	34 470	36 994	37 253	37 440	37 660
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 565	28 553	26 674	26 886	27 050	28 965	29 135	29 327	29 421
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 797	7 997	7 313	7 396	7 420	8 028	8 118	8 113	8 239
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 142	34 504	32 052	32 208	32 299	33 855	34 214	34 347	34 313
*Nichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	18 340	20 576	18 775	18 985	19 088	20 405	20 908	21 126	21 200
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 261	15 050	13 560	13 711	13 832	15 127	15 301	15 518	15 632
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 079	5 526	5 215	5 274	5 256	5 278	5 608	5 608	5 568
*Spareinlagen	Mill. DM	13 802	13 928	13 277	13 223	13 211	13 460	13 306	13 221	13 113
*bei Sparkassen (ab Dez. 80: Spareinlagen, Spar- briefe, Namenssparschuldverschreibungen)	Mill. DM	7 797	7 924	7 546	7 518	7 517	9 738	9 671	9 644	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	659	728	688	590	614	741	719	588	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	630	719	855	645	627	1 027	874	674	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	27	36	26	33	32	48	44	32	29
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,1	0,3	-	-	-	-	1	1	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	298	324	288	330	293	348
*Wechselsumme	Mill. DM	1,8	2,0	1,8	1,9	1,7	2,1
Steuern										
		Vierteljahres- durchschnitt		2.Vj.80		1.Vj.81		2.Vj.81		
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 886,0	2 109,0	.	.	1 856,0	2 111,2	.	.	1 905,6
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 385,0	1 521,0	.	.	1 399,2	1 415,7	.	.	1 327,0
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	852,8	1 019,7	.	.	877,2	933,7	.	.	890,4
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	386,3	349,3	.	.	345,0	314,2	.	.	298,5
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	9,5	14,9	.	.	10,2	17,8	.	.	13,0
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	136,4	137,2	.	.	166,7	149,9	.	.	125,2
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	501,0	588,1	.	.	456,8	695,5	.	.	578,6
*Umsatzsteuer	Mill. DM	349,2	398,3	.	.	336,0	507,8	.	.	368,9
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	151,8	189,8	.	.	120,8	187,7	.	.	209,6
*Bundessteuern	Mill. DM	140,6	127,0	.	.	79,8	170,5	.	.	164,8
*Zölle	Mill. DM	0,4	0,3	.	.	0,2	0,2	.	.	0,3
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	130,7	116,9	.	.	74,2	150,9	.	.	156,2
*Landessteuern	Mill. DM	133,7	130,8	.	.	125,9	121,4	.	.	133,2
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,2	28,6	.	.	25,9	24,2	.	.	23,5
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,0	67,8	.	.	64,5	60,7	.	.	75,4
*Biersteuer	Mill. DM	4,2	4,3	.	.	4,2	3,5	.	.	4,4
*Gemeindesteuern	Mill. DM	284,9	288,3	.	.	285,3	243,4
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,0	7,1	.	.	7,2	7,0
*Grundsteuer B	Mill. DM	49,9	50,3	.	.	46,3	48,2
*Gewbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	186,4	203,8	.	.	207,2	169,0
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	20,2	4,7	.	.	1,1	0,4
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 077,8	1 132,6	.	.	959,0	1 169,9	.	.	1 088,8
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	559,7	582,0	.	.	546,3	530,5	.	.	511,1
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	338,2	397,0	.	.	308,3	469,5	.	.	390,5
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	39,3	26,6	.	.	24,5	- 0,5	.	.	22,4
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 105,3	1 190,4	.	.	1 081,7	1 157,3	.	.	1 093,5
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	643,9	714,7	.	.	652,0	677,0	.	.	620,3
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	288,4	318,4	.	.	279,3	359,4	.	.	317,6
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	39,4	26,6	.	.	24,5	- 0,5	.	.	22,4
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	386,1	456,4	.	.	446,1	249,7
*Gewbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	109,6	150,5	.	.	158,2	170,0
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	179,9	221,3	.	.	209,8	5,3

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
				April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1976 = 100	109,1	125,3	125,5	124,7	124,4	139,3	140,3	142,4	...
Ausfuhrpreise	1976 = 100	108,2	115,1	114,7	114,8	115,0	119,5	120,3	120,9	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	1970 = 100	156,1	173,6	173,0	172,4	172,4	187,4	188,5	190,8	...
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	1976 = 100	108,9	117,1	116,6	117,1	117,2	123,3	124,5	125,3	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1976 = 100	98,9	99,3	98,5	97,7	96,6	103,0	^p 102,7	^p 102,2	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ⁷⁾	1976 = 100	121,1	134,1	.	134,5	.	.	.	142,4	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	1976 = 100	106,0	112,7	111,7	112,7	112,7	119,6	120,3	^p 120,9	...
Einzelhandelspreise	1976 = 100	110,1	116,1	115,6	116,2	116,6	120,7	121,5	122,3	122,6
*Preisindex der Lebenshaltung ⁸⁾ insgesamt	1976 = 100	110,9	117,0	116,3	116,8	117,4	122,0	122,8	123,3	123,9
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	112,6	113,0	113,5	116,9	118,4	118,9	118,8
Kleidung, Schuhe	1976 = 100	114,2	120,8	119,9	120,3	120,5	125,3	125,7	126,3	126,5
Wohnungsmieten	1976 = 100	109,8	115,4	114,6	115,0	115,3	118,7	119,3	119,8	120,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	124,8	137,6	135,9	139,8	138,0	154,9	153,7	152,3	152,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 = 100	110,2	116,7	115,8	116,2	116,6	122,6	122,7	123,5	123,5
Löhne und Gehälter ⁹⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	577	609	602	.	.	.	627	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	607	644	636	.	.	.	661	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	377	400	395	.	.	.	411	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	361	385	382	.	.	.	396	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	13,45	14,35	14,17	.	.	.	14,87	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	14,16	15,14	14,93	.	.	.	15,67	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	9,37	9,99	9,87	.	.	.	10,40	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	8,97	9,60	9,51	.	.	.	10,03	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Stunden	42,7	42,4	42,5	.	.	.	42,2	.	.
weibliche Arbeiter	Stunden	40,1	40,1	40,0	.	.	.	39,6	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	3 086	3 319	3 272	.	.	.	3 457	.	.
*weiblich	DM	2 126	2 272	2 248	.	.	.	2 356	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	3 305	3 526	3 495	.	.	.	3 596	.	.
*weiblich	DM	2 040	2 192	2 172	.	.	.	2 259	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 675	2 863	2 829	.	.	.	2 954	.	.
*weiblich	DM	1 806	1 943	1 913	.	.	.	2 020	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 735	2 955	2 839	.	.	.	2 971	.	.
weiblich	DM	.	.	(2 236)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 808	3 008	2 971	.	.	.	3 112	.	.
weiblich	DM	1 893	2 035	2 007	.	.	.	2 115	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	3 267	3 490	3 452	.	.	.	3 558	.	.
weiblich	DM	2 035	2 192	2 174	.	.	.	2 257	.	.

*⁹⁾ Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 7) Nur Neubau 8) für alle privaten Haushalte 9) Effektivverdienste

Jahreszahlen B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 156 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1976	16	15	12	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 469	480
1977	16	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 007	237	24 069	494
1978	20	15	7	1 072	5 246	2 267	747	4 324	2 942	246	2 381	505
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549
1980	18 ^a	19 ^a	7 ^a	1 107 ^a	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1976	922	9	785	47	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	61,4	37,4
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	63,8	36,0
1978	1 035	14	889	51	18 587	633	24 330	13 437	559,6	183,2	62,2	39,2
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5	44,3
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁶⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchs- steuern	Gewerbe- steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
	Mill. DM											
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	490	647	6 019	2 463	1 931
1977	3 788	3 876	1 466	1 487	4 596	2 822	1 403	481	735	6 613	2 491	1 940
1978	4 022	4 141	1 516	1 778	4 759	2 849	1 474	498	745	7 317	2 544	2 003
1979	4 386	3 487	1 544	2 004	5 091	3 002	1 545	523	834	7 865	2 592 ^b	2 044 ^b
1980	4 613	4 772	1 825	2 352	5 360	3 443	1 394	467	834	9 065	2 557 ^b	1 981 ^b

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn- gebäude 1976 = 100	der Lebenshaltung ⁹⁾ 1976 = 100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie ¹⁰⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerb- licher Produkte	landwirt- schaftlicher Produkte		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
	1976 = 100	1976 = 100					kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1976	100	100	100	100	100	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825
1977	102,7	98,9	104,9	103,7	104,9	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919
1978	103,9	95,5	111,3	106,5	106,4	544	361	2 654	1 786	3 070	2 704	2 003
1979	108,9	96,9	121,1	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267	2 811	2 082
1980	117,1	99,3	134,1	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210

1) Errichtung neuer Gebäude (Wohn- und Nichtwohnbau) 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres) 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) ohne Kassenkredite 7) ohne Schulden der Eigenbetriebe 8) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 9) für alle privaten Haushalte 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) vorläufiges Ergebnis b) ohne Schulden der Krankenhäuser

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. März 1981			Bevölkerungsveränderung im März 1981			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1981 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuf der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)						
		in %							
FLENSBURG	87 733	- 0,0	- 1,3	- 37	25	- 12	47	1	54
KIEL	249 894	- 0,1	- 0,0	- 114	- 135	- 249	160	4	191
LÜBECK	220 098	- 0,0	- 0,6	- 92	- 16	- 108	156	-	185
NEUMÜNSTER	80 158	+ 0,0	- 0,2	- 25	59	34	45	1	60
Dithmarschen	130 456	- 0,0	+ 0,1	- 83	48	- 35	91	7	108
Hzgt. Lauenburg	156 400	+ 0,2	+ 1,0	- 16	315	299	99	2	132
Nordfriesland	181 466	- 0,1	+ 0,3	- 47	- 93	- 140	135	3	179
Ostholstein	192 022	+ 0,2	+ 0,9	- 61	386	325	148	4	177
Pinneberg	260 466	+ 0,0	+ 0,5	- 36	114	78	129	5	167
Plön	116 215	- 0,1	+ 0,2	- 61	0	- 61	67	2	86
Rendsburg-Eckernförde	245 636	+ 0,0	+ 0,8	- 18	66	48	155	2	220
Schleswig-Flensburg	181 875	- 0,0	+ 0,4	10	- 17	- 7	97	3	122
Segeberg	210 680	+ 0,1	+ 1,3	- 7	175	168	134	6	178
Steinburg	129 043	- 0,0	+ 0,2	- 68	61	- 7	83	2	116
Stormarn	189 952	+ 0,1	+ 1,8	- 25	219	194	126	3	163
Schleswig-Holstein	2 612 094	+ 0,0	+ 0,4	- 680	1 207	527	1 672	45	2 138

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1981		
	Betriebe am 30.6.1981	Beschäftigte am 30.6.1981	Umsatz im Juni 1981 Mill. DM ⁴⁾	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	76	9 454	132	32 748	29 631	337
KIEL	142	26 677	457	92 540	84 003	336
LÜBECK	154	25 320	253	80 252	72 485	329
NEUMÜNSTER	80	10 495	96	33 102	29 472	368
Dithmarschen	79	7 503	409	61 071	48 832	374
Hzgt. Lauenburg	102	8 943	93	66 302	57 133	366
Nordfriesland	57	3 017	57	73 379	59 288	367
Ostholstein	90	6 239	98	79 922	68 412	357
Pinneberg	194	22 447	291	113 544	99 539	382
Plön	46	2 857	31	52 950	44 662	384
Rendsburg-Eckernförde	130	11 255	146	110 263	92 204	376
Schleswig-Flensburg	92	5 377	143	86 219	70 007	385
Segeberg	179	14 939	227	104 022	89 591	426
Steinburg	92	9 723	172	58 758	48 006	372
Stormarn	148	15 811	360	85 537	75 295	397
Schleswig-Holstein	1 661	180 057	2 966	1 130 609	968 560	371

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1981 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1980			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 5. 1981	Kurzarbeiter Monatsmitte Mai 1981	offene Stellen am 31. 5. 1981	Schweine insgesamt am 3. 4. 1981	Rindvieh am 3. 12. 1980	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 611,3	+ 4,7	+ 0,5	50	8	10	1 870	1 553	520
Hamburg	1 645,1	- 8,3	- 0,5	31	5	8	11	14	3
Niedersachsen	7 256,4	+ 2,5	+ 0,3	152	42	24	7 150	3 115	1 080
Bremen	693,8	- 4,0	- 0,2	19	2	4	7	16	5
Nordrhein-Westfalen	17 058,2	+ 0,9	+ 0,2	367	83	54	5 649	1 943	629
Hessen	5 601,0	+ 4,1	+ 0,4	83	25	22	1 315	883	297
Rheinland-Pfalz	3 642,5	- 0,1	+ 0,3	61	17	12	702	673	235
Baden-Württemberg	9 258,9	+ 4,1	+ 0,7	103	62	49	2 242	1 856	688
Bayern	10 928,2	+ 4,3	+ 0,5	172	81	49	4 274	4 942	1 986
Saarland	1 066,3	- 4,8	- 0,2	28	7	2	49	73	26
Berlin (West)	1 896,2	- 10,6	- 0,3	43	7	8	5	1	.
Bundesgebiet	61 657,9	+ 1,7	+ 0,4	1 110	340	242	23 274	15 069	5 469

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im März 1981	
	Beschäftigte am 30. 4. 1981 in 1 000	Umsatz ²⁾ im April 1981		Produk- tions- index ³⁾ (1970 = 100) im April 1981	Beschäftigte am 31. März 1981		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	180	2 828	18	.	54	21	1 785	6,8
Hamburg	165	5 999	10	...	30	18	548	3,3
Niedersachsen	707	10 397	27	...	149	21	3 723	5,1
Bremen	88	1 396	19	.	15	22	165	2,4
Nordrhein-Westfalen	2 153	30 040	26	.	285	17	7 244	4,2
Hessen	657	7 871	28	...	104	19	2 323	4,1
Rheinland-Pfalz	390	6 117	34	...	73	20	2 306	6,3
Baden-Württemberg	1 467	17 651	27	...	196	21	6 876	7,4
Bayern	1 363	15 680	27	...	246	23	7 057	6,5
Saarland	154	1 905	30	.	21	19	745	7,0
Berlin (West)	178	2 720	11	.	34	18	573	3,0
Bundesgebiet	7 502	102 604	25	...	1 208	20	33 345	5,4

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Januar 1981			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschäden im April 1981				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 28. 2. 1981 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000			in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	1 131	969	...	1 389	47	1 794	133	5 264	439	461	...
Hamburg	622	562	...	939	17	1 190	129	8 888	605	2 581	...
Niedersachsen	3 202	2 718	...	3 482	151	4 509	134	6 426	429	464	...
Bremen	266	240	...	372	4	417	113	7 276	560	1 297	...
Nordrhein-Westfalen	7 078	6 339	...	7 804	205	10 143	133	7 208	493	792	...
Hessen	2 561	2 227	...	2 797	89	3 641	133	7 962	531	752	...
Rheinland-Pfalz	1 701	1 430	...	1 867	52	2 499	137	7 188	437	535	...
Baden-Württemberg	4 249	3 622	...	4 431	162	5 986	139	7 817	536	707	...
Bayern	5 009	4 092	...	5 598	234	7 526	139	8 194	468	581	...
Saarland	463	415	...	602	19	793	135	6 786	421	514	...
Berlin (West)	642	574	...	1 132	14	1 407	126	7 111	419	829	...
Bundesgebiet	27 022 ^{a)}	23 236 ^{a)}	...	30 413	994	39 905	134	7 402	486	720	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Vorläufige Werte 5) ohne Bundespost und Bundesbahn 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

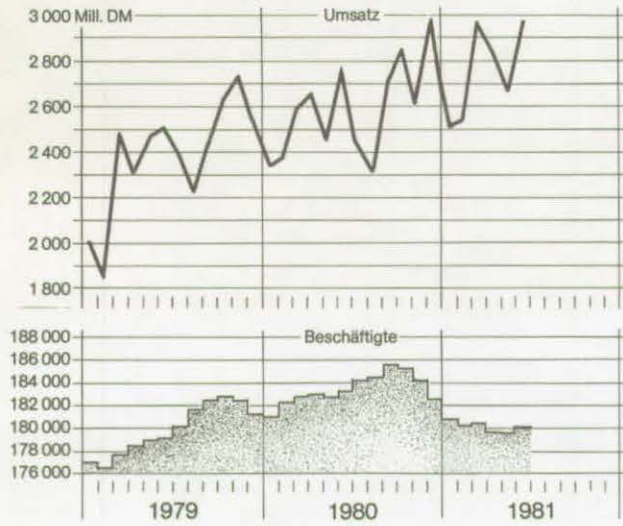
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

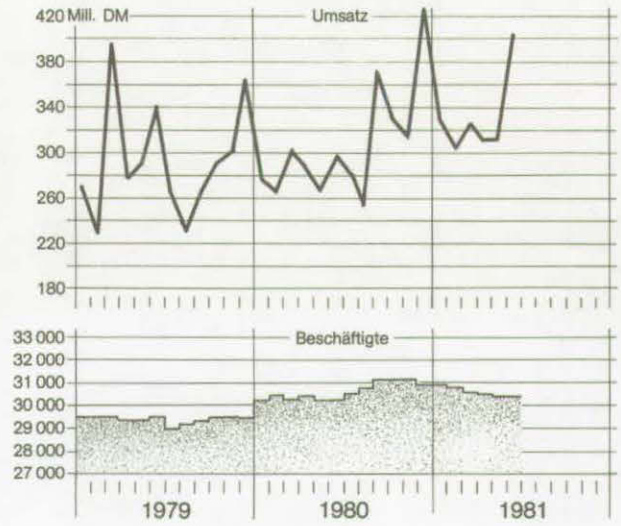
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Teil A - in den Heften der ungeradzahigen Monate -- enthält: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Verunglückte im Straßenverkehr; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

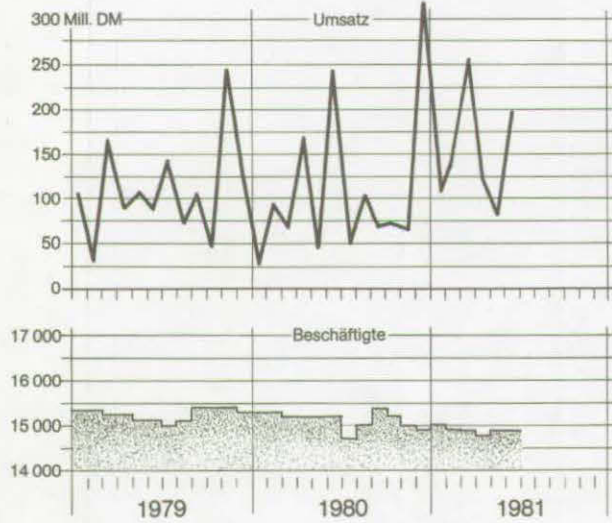
Verarbeitendes Gewerbe*



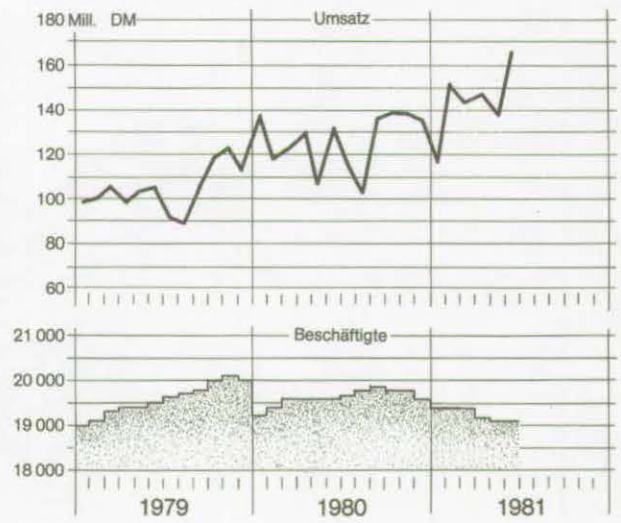
Maschinenbau*



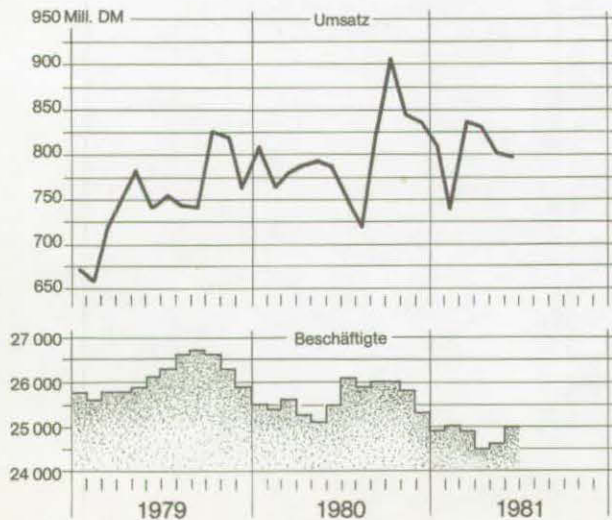
Schiffbau*



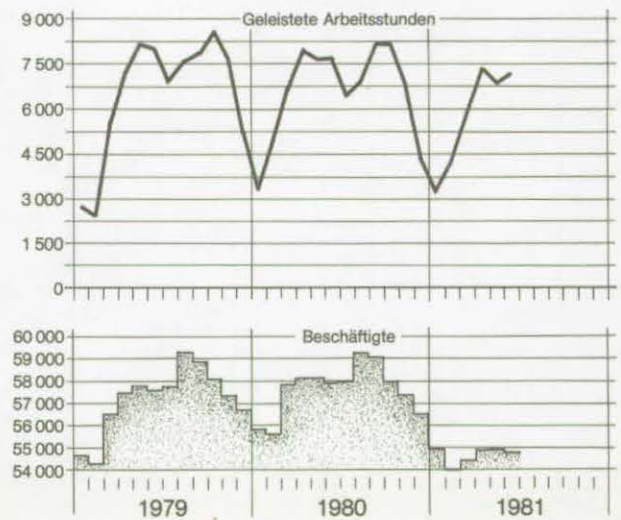
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



*Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

